

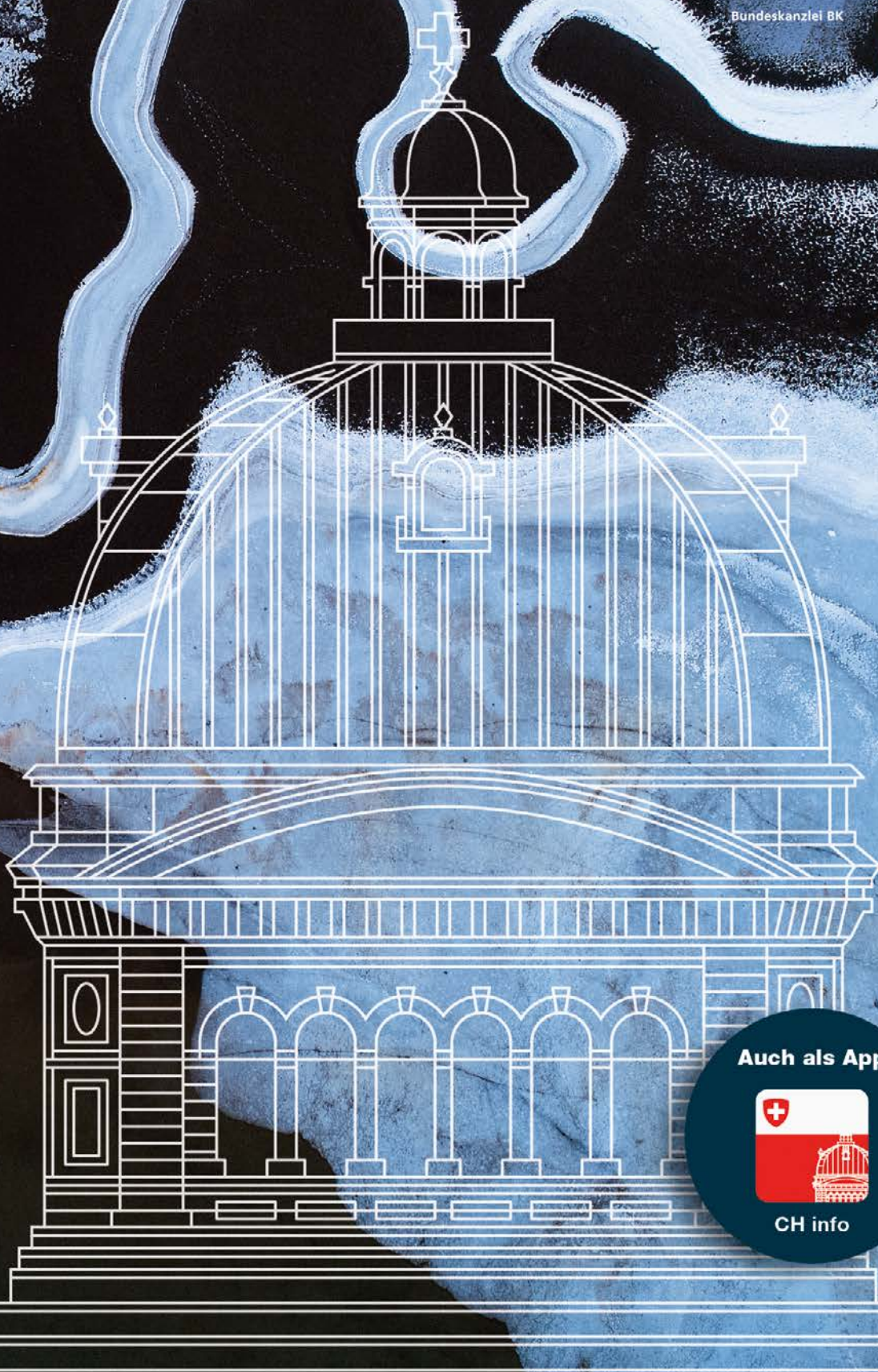
DER BUND KURZ ERKLÄRT

2020



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundeskanzlei BK



Auch als App



CH info

Titelbild

In grossen Schlaufen fliesst die Klön in den Klöntalersee. Wo das Wasser wenig tief ist, gefriert es und zeichnet im Uferdelta ein Marmorbild. Der Klöntalersee liegt im Kanton Glarus und ist einer der ältesten Speicherseen der Schweiz: Seit 1908 wird er für die Gewinnung von Elektrizität genutzt.



Liebe Leserin, lieber Leser

«Veränderungen an der
Verfassung waren
von Anfang an eingeplant.»

Die Bundesverfassung von 1848 wurde in nur 51 Tagen, aber mit viel Umsicht geschrieben. Einiges von dem, was dort verankert wurde, hat bis heute Bestand, insbesondere die Institutionen «Bundesrat», «Nationalrat» und «Ständerat». Damals gab es das Parlamentsgebäude noch nicht (es wurde erst 1902 bezogen), aber das Bundesratszimmer im heutigen Bundeshaus West – dem 1857 fertiggestellten sogenannten «Bundes-Rathaus» – würden noch einige Verfassungsväter erkennen.

Gleichzeitig würden sie wohl staunen, was sich seit 1848 alles verändert hat: Die Aufgaben des Bundes haben deutlich zugenommen. Die Verwaltung ist gewaltig gewachsen. Der Nationalrat ist grösser (heute 200 Sitze, im Gegensatz zu 111 Sitzen damals). Zum Bundesgericht kamen ein Bundesstrafgericht hinzu, ein Bundesverwaltungsgericht und ein Bundespatentgericht. Die politischen Rechte wurden beträchtlich ausgebaut (Referendum, Volksinitiative). Ein neuer Kanton wurde geschaffen, und das erst noch friedlich. Die Frauen bekamen – spät, nämlich erst 1971 – das Stimm- und Wahlrecht und sind heute sowohl im Parlament als auch im Bundesrat vertreten. Es gibt mehr Parteien. Und es spielt keine Rolle mehr, ob ein Mitglied des Bundesrats katholisch ist oder protestantisch.

Veränderungen waren von Anfang an eingeplant. Die Verfassung soll angepasst werden können, das Umfeld ändert sich auch. Und zu Recht schrieb der Historiker Edgar Bonjour deshalb über die Verfassungsväter: «Für sie war das schweizerische Vaterland nicht so sehr das Land der Vorfahren als vielmehr der Nachfahren.» Trotzdem: Wären sie heute im Bundeshaus zu Gast, sie wären wohl dankbar, sich mit der vorliegenden Broschüre eine Übersicht verschaffen zu können. Und vielleicht geht es Ihnen ja auch so. Gute Lektüre!

Bundeskanzler Walter Thurnherr

FAKTEN
SCHWEIZ
6

FUNDAMENT
DIREKTE DEMOKRATIE
14



Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga im Gespräch _____	6	Gewaltenteilung	16
Bevölkerung _____	8	Wählen und abstimmen	18
Finanzen des Bundes _____	9	Parteien von links bis rechts	20
Geschichte der Schweiz _____	10	Parteien in Kürze	22
Föderalismus _____	12		



Die App zur Broschüre
DER BUND KURZ ERKLÄRT

iOS / Android

CH info

Leitprogramm DER BUND KURZ ERKLÄRT
Didaktische Unterlagen auf Deutsch, Französisch
und Englisch:
www.hep-verlag.ch/der-bund-kurz-erklart

LEGISLATIVE PARLAMENT

24



EXEKUTIVE REGIERUNG

40



JUDIKATIVE GERICHTE

76



National- und Ständerat	26	Bundesrat	42	Justiz	78
Das Parlament in Zahlen	27	Bundesverwaltung	44	Bundesgericht und erstinstanzliche Gerichte des Bundes	80
Organisation der Räte	28	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA	46		
Mechanik des Parlaments	31	Eidgenössisches Departement des Innern EDI	50		
Milizparlament	32	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD	54		
Vernetzung mit der Welt	33	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungs- schutz und Sport VBS	58		
Parlamentsdienste	34	Eidgenössisches Finanz- departement EFD	62		
Verteilung der Kommissionssitze	35	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF	66		
Weg zu einem neuen Gesetz	36	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK	70		
Parlamentsgebäude	38	Bundeskanzlei BK	74		

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga im Gespräch

DIE PRÄSIDENTIN, DIE BÄUERIN UND DER SKIRENNFAHRER

Die Schweiz ist vom Klimawandel besonders betroffen. Das erleben Menschen wie der Skirennfahrer Daniel Yule und die Bäuerin Valérie Piccand hautnah. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat mit ihnen darüber gesprochen. Alle drei sind sich einig: Höhere Tem-

peraturen, schmelzende Gletscher und extremes Wetter fordern uns heraus. Wenn wir die richtigen Massnahmen ergreifen, sind sie aber auch eine Chance – für eine klimafreundliche und innovative Wirtschaft, für die Wissenschaft und den Tourismus.



Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (BPSO): Sie beide halten sich täglich in der Natur auf. Wie wirkt sich der Klimawandel auf Ihre Arbeit aus?

Valérie Piccand (VP): Auf unserem Hof im Berner Jura kann das Wasser nach zwei heissen Wochen knapp werden. Zudem gibt es mehr Wetterextreme – mit Kälte und viel Regen. Diese Tendenz hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Deshalb passen wir unseren Betrieb an den Klimawandel an.

BPSO: Was unternehmen Sie?

VP: Wir ergänzen unsere Wiesen mit Pflanzensorten, die widerstandsfähiger sind als die herkömmlichen Gräser, und wir halten genügsame Kuhrassen, die auch mit etwas weniger Futter genug Milch geben.

Daniel Yule (DY): Auch in den Alpen haben die Wetterausschläge zugenommen: An einem Tag fahren wir Ski bei einer Temperatur von minus zehn Grad – am Tag darauf brennt die Sonne vom Himmel und der Schnee schmilzt weg. Das macht das Trainieren schwierig.

BPSO: Was Sie schildern, bestätigt den Befund der Wissenschaft: Der Klimawandel trifft die Schweiz hart.

DY: Ja, die Gletscher verschwinden in rasantem Tempo. Je nach Gletscher können wir nach dem Training mit den Skiern nicht mehr bis zur Bergstation fahren. Noch vor wenigen Jahren war das zum Beispiel in Zermatt problemlos möglich. Zudem ist die Schneefallgrenze in den letzten Jahren gestiegen.

BPSO: Es beeindruckt mich, dass Sie als junger Mensch diese Unterschiede so deutlich bemerken. Das zeigt, wie schnell der Klimawandel voranschreitet. Welche Massnahmen soll die Politik aus Ihrer Sicht für den Klimaschutz ergreifen?

DY: Es kann nicht sein, dass ein Flug von Genf nach London billiger ist als eine Zugfahrt von Martigny nach Zürich. Daher finde ich es richtig, wenn auf Flugtickets eine Abgabe erhoben wird. Generell sollte der Preis eines Produkts auch seine Kosten für die Umweltbelastung abdecken.

«Der Wandel ist möglich.»

Simonetta Sommaruga

BPSO: Völlig einverstanden. Die Auswirkungen unseres Verhaltens auf die Umwelt müssen ihren Preis haben. Ich bin überzeugt: Die Menschen sind bereit, diesen Preis zu bezahlen. Denn sie wissen eigentlich, dass man bezahlen sollte, was man verursacht.

VP: Nicht nur der Verkehr, sondern auch die Landwirtschaft muss ihren Beitrag an den Klimaschutz leisten. Auch sie verursacht Treibhausgase. Ich wünsche mir, dass der Staat uns darin unterstützt, die Emissionen zu verringern und die Energieeffizienz der Bauernhöfe zu verbessern. Wir können viel tun: Landwirtschaftlich genutzte Böden speichern grosse Mengen CO₂. Wenn unsere Kühe zudem auf der Weide grasen statt Soja zu fressen, das von weit her importiert wird, dann ist auch das gut fürs

Klima. Es ist aber auch positiv für das Wohl der Tiere, die Qualität der Lebensmittel und das Einkommen der Bauern. Sich konzentrieren auf Schweizer Milch und lokal produziertes Fleisch: Das ist eine grosse Chance für uns Bäuerinnen und Bauern!

BPSO: Klimaschutzmassnahmen sind ohnehin eine Chance für die Wirtschaft; etwa für das Gewerbe, das Solarpanels montiert, oder für die Forscherinnen und Forscher, die klimafreundliche Technologien entwickeln. Das schafft Arbeitsplätze und stärkt die Exportindustrie.

DY: Der Klimawandel kann auch eine Chance für den Tourismus sein. In Orten, die bislang vom Wintertourismus gelebt haben, werden die Sommermonate wichtiger – und damit Sportarten, für die es keinen Schnee braucht.

BPSO: Ihre Beispiele gefallen mir, denn sie zeigen, dass uns der Klimawandel zwar herausfordert, dass wir ihn aber positiv gestalten können. Mit unseren Klimazielen wollen wir wegkommen von Erdöl und Gas. Wenn wir sie durch einheimische Sonnen- und Wasserenergie ersetzen, investieren wir bei uns statt im Ausland und erhöhen die Versorgungssicherheit. Denn Sonne und Wasser sind verlässlicher als Ölfelder in Libyen oder Kasachstan.

VP: Die Landwirtschaft kann bei diesen sauberen Energien mithelfen. Auf Stall- und Scheunendächern hat es viel Platz für Solaranlagen.

DY: Die Investitionen für Solaranlagen oder Wärmepumpen mögen heute teuer erscheinen. Auf lange Frist lohnen sie sich aber, weil sich so viel Energie einsparen lässt. Ich möchte auch meinen Kindern noch zeigen können, wie viel Freude man beim Skifahren erlebt.

BPSO: Stichwort Zukunft: Im Jahr 2050 will die Schweiz unter dem Strich keine Treibhausgasemissionen mehr ausstossen. Sie, Herr Yule, sind dann jünger als ich es jetzt bin. Wir haben dreissig Jahre Zeit für die Umstellung auf ein Leben ohne fossile Energie. Sie beide sind mit Ihrem Engagement grossartige Botschafter. Sie machen Mut und zeigen: Der Wandel ist möglich!

Valérie Piccand (geboren 1979) ist Agrar-Ingenieurin. Sie bewirtschaftet in Les Reussilles (BE) einen Bauernhof mit Gras- und Viehwirtschaft. Sie ist Co-Präsidentin der Genossenschaft «Autrement», die in Tramelan einen Laden mit lokalen Bio-Produkten betreibt.

Daniel Yule (geboren 1993) gehört der alpinen Skinationalmannschaft an. Der Walliser Slalom-Spezialist gewann im Mannschaftswettbewerb die Goldmedaille bei den Olympischen Spielen 2018 und bei den Weltmeisterschaften 2019. Als Athletensprecher des Internationalen Skiverbands FIS äussert er sich immer wieder zum Klimawandel.

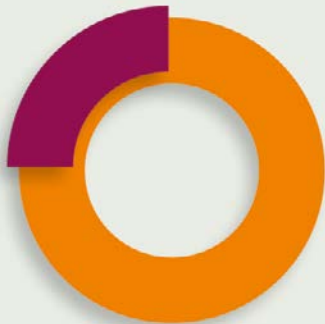


Informationen zum Bundespräsidium und zu den Aktivitäten der Bundespräsidentin:
www.admin.ch >
 Bundespräsidium

Die Schweiz in Zahlen

BEVÖLKERUNG

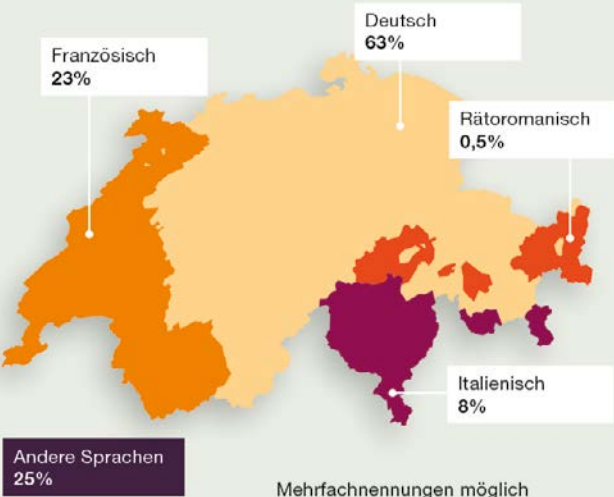
8,5 Millionen Menschen



8 544 500 Einwohnerinnen und Einwohner
2 148 300 davon ohne Schweizer Pass

In der Schweiz leben 8,5 Millionen Menschen. Der Ausländeranteil beträgt 25%. Mehr als die Hälfte der Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft ist entweder in der Schweiz geboren oder lebt seit mindestens zehn Jahren hier. Die Mehrheit der ausländischen Bevölkerung kommt aus einem EU- oder EFTA-Land. Den grössten Anteil machen Personen aus Italien (15% der Ausländer), Deutschland (14%) und Portugal (12%) aus. 17% der ausländischen Bevölkerung kommen aus nicht-europäischen Staaten.

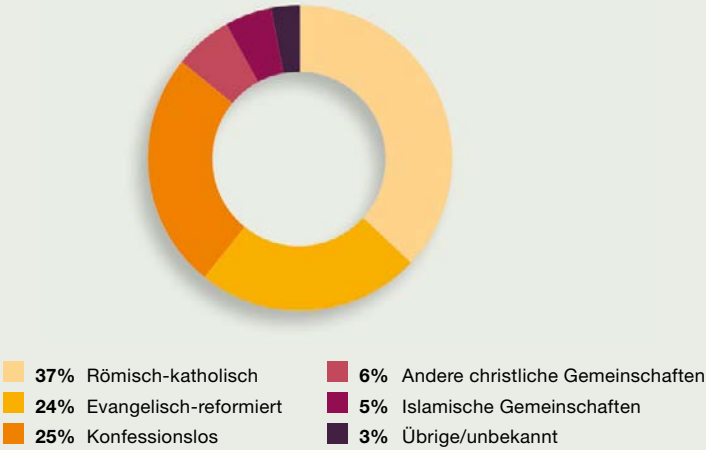
4 Landessprachen



Die Schweiz ist ein vielsprachiges Land. Es gibt vier Landessprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch. 63% der Bevölkerung sprechen hauptsächlich (Schweizer-)Deutsch, 23% Französisch, 8% Italienisch und 0,5% Rätoromanisch. Auch andere Sprachen werden in der Schweiz gesprochen: Englisch, Portugiesisch, Albanisch (je 3 bis 5%) und verschiedene andere Sprachen. Viele geben zwei Sprachen als Hauptsprachen an.

Mehrheitlich christlich

67% der Menschen in der Schweiz gehören einer christlichen Glaubensgemeinschaft an. In 14 Kantonen machen die Katholiken den grössten Bevölkerungsanteil aus, in drei Kantonen die Reformierten. In den restlichen Kantonen sind die Verhältnisse weniger deutlich. Der Anteil jener, die keiner Glaubensgemeinschaft angehören, beträgt 25% – er nimmt seit Jahren zu.



Alle Zahlen sind gerundet. Weitere Informationen zur Bevölkerung: www.statistik.ch

FINANZEN DES BUNDES

73,51 Milliarden Einnahmen (2018)

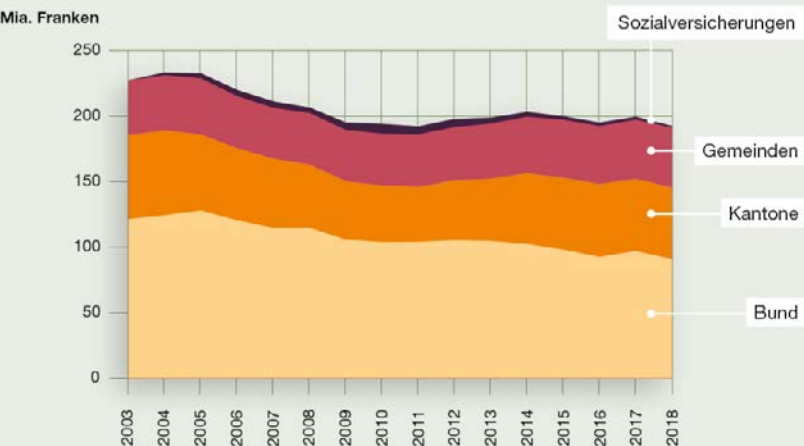
70,57 Milliarden Ausgaben (2018)



Die wichtigsten Einnahmequellen des Bundes sind die Mehrwertsteuer und die direkte Bundessteuer. Sie machen zusammen rund 45 Milliarden Franken aus. Die direkte Bundessteuer wird bei Privatpersonen auf dem Einkommen erhoben (progressiv, maximal 11,5%), bei Unternehmen auf dem Gewinn (8,5%). Für die meisten Waren und Dienstleistungen gilt ein Mehrwertsteuersatz von 7,7%. Welche Steuern der Bund erheben darf, ist in der Bundesverfassung festgehalten.

Knapp ein Drittel seiner Ausgaben investiert der Bund in den Bereich «Soziale Wohlfahrt»: 22 Milliarden Franken. Die Hälfte davon geht an die Altersvorsorge (AHV), ein Sechstel an die Invalidenversicherung (IV). Weitere wichtige Bereiche der sozialen Wohlfahrt sind die Krankenversicherungen (Prämienverbilligungen), die Migrationsausgaben und die Ergänzungsleistungen. Die soziale Wohlfahrt gehört zu den am stärksten wachsenden Aufgabenbereichen des Bundes.

Schuldenbremse



Der Bund ist verpflichtet, seine Ausgaben und Einnahmen auf Dauer im Gleichgewicht zu halten. Bei guter Konjunktur muss er einen Überschuss erwirtschaften, bei schlechter darf er mehr ausgeben als einnehmen. 2003 wurde diese «Schuldenbremse» zum ersten Mal angewendet. Seither konnten die Bundesschulden von 124 Milliarden Franken um ein Viertel auf 99 Milliarden reduziert werden. Im internationalen Vergleich steht die Schweiz sehr gut da: Die Schuldenquote des Gesamtstaats beträgt knapp 28% des Bruttoinlandprodukts (BIP).

Alle Zahlen sind gerundet. Weitere Informationen zum Bundeshaushalt: www.efv.admin.ch

Vom Staatenbund zum Bundesstaat

GESCHICHTE DER SCHWEIZ

Die Schweiz entwickelte sich über Jahrhunderte aus einem Geflecht verschiedener Bündnisse über einen Staatenbund hin zum Bundesstaat. Landesgrenzen und Neutralität wurden 1815 international festgelegt und anerkannt.

Das politische System geht auf die Bundesverfassung von 1848 zurück. Seither haben die Kompetenzen des Bundes, die Volksrechte und die politische Vielfalt zugenommen.

1291 | Alte Eidgenossenschaft

BÜNDNISPARTNER-SCHAFTEN

Wechselnde Bündnisse zwischen Städten und Landschaften bezwecken die Sicherung der politischen Ordnung gegen innen und der Unabhängigkeit gegen aussen. 1291 schliessen Uri, Schwyz und Unterwalden das erste dokumentierte Bündnis ab. Der Begriff «Eitgenoze» taucht 1315 auf. Im Lauf der Jahrhunderte wächst die Eidgenossenschaft durch weitere Bündnisse und durch Gebietseroberungen.

1803–1814 | Mediation

GELOCKERTE FREMDHERRSCHAFT

Nach Bürgerkriegen zwischen Föderalisten und Anhängern der Helvetischen Republik gibt Napoleon der Schweiz eine Mediationsverfassung. Sie gibt den Kantonen eine gewisse Eigenständigkeit zurück und legt die meisten Kantonsgrenzen fest.

1847–1848 | Sonderbundskrieg

LIBERALE GEGEN KONSERVATIVE

Bei der Frage nach der Ausgestaltung des Bundes kommt es schlussendlich zu einem Bürgerkrieg zwischen liberalen und katholisch-konservativen Kantonen. Der Sonderbundskrieg endet mit dem Sieg der liberalen Kräfte.

1200

1800

1850

1798–1802 | Helvetik

EINHEITSSTAAT UNTER FREMDER HERRSCHAFT

Nach dem Einmarsch französischer Truppen wird die Eidgenossenschaft zur Helvetischen Republik umgestaltet: zu einem Einheitsstaat unter Pariser Kontrolle.

1815 | Bundesvertrag

NEUTRALITÄT UND STAATENBUND

Nach dem Sturz Napoleons anerkennen die europäischen Grossmächte die Neutralität der Schweiz und die heute gültigen Landesgrenzen werden fixiert. Der Bundesvertrag von 1815 fasst die verschiedenen eidgenössischen Bündnisse zu einem einzigen Staatenbund zusammen. Dieser ist für die Sicherheitspolitik zuständig.

1848 | Bundesverfassung

DEMOKRATISCHER BUNDESSTAAT

Die Bundesverfassung gewährt den meisten Bürgern – Männern – verschiedene Rechte und Freiheiten, u. a. das Stimm- und Wahlrecht (Frauenstimmrecht ab 1971). Auf Bundesebene wird nach amerikanischem Vorbild das Zweikammersystem eingeführt, mit einem National- und einem Ständerat, die den Bundesrat wählen. Einige Bereiche werden zentralisiert. Die Schweiz entwickelt sich zum einheitlichen Rechts- und Wirtschaftsraum.

1874, 1891 |
Ausbau der Demokratie

INITIATIVE, REFERENDUM

Die revidierte Bundesverfassung überträgt dem Bund mehr Aufgaben und weitet die demokratischen Rechte auf Bundesebene aus. 1874 wird das Referendum eingeführt, 1891 die Volksinitiative. 1891 wählt das Parlament zum ersten Mal einen Vertreter der Katholisch-Konservativen (heute CVP) in die Regierung: Erstmals seit 1848 besteht der Bundesrat nicht mehr nur aus Freisinnigen.

1919, 1929 | Proporz

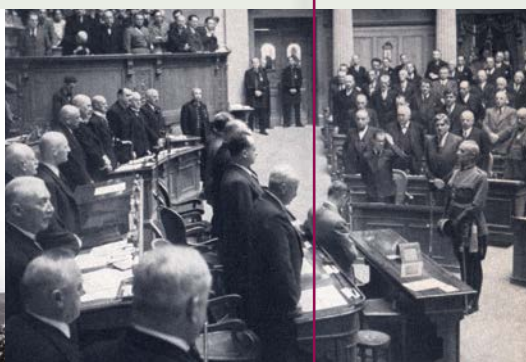
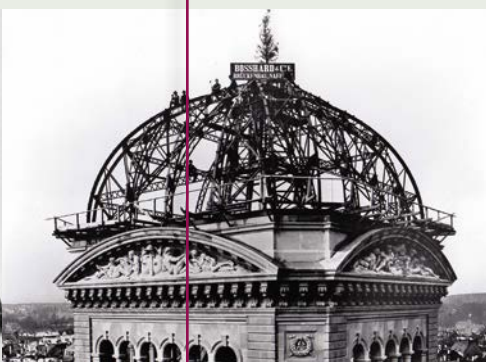
WEITER RICHTUNG KONSENS- DEMOKRATIE

1919 wird der Nationalrat zum ersten Mal im Proporzverfahren gewählt, und im Bundesrat sitzt nun ein zweites katholisch-konservatives Mitglied. Ab 1929 ist auch ein Mitglied der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (heute SVP) im Bundesrat vertreten.

1971 | Gleichberechtigung

STIMMRECHT FÜR FRAUEN

Im Februar 1971 nehmen die Stimmbürger das eidgenössische Stimm- und Wahlrecht für Frauen mit 66% Ja-Stimmen an. Die meisten Kantone und Gemeinden führen das Frauenstimmrecht nun auch auf kantonaler und kommunaler Ebene ein.



1900

1950

2000



1914–1918 |
Erster Weltkrieg, Generalstreik

SOZIALISTISCHE IDEEN

Armut und Arbeitslosigkeit während des ersten Weltkriegs sowie die sozialistischen Ideen der Russischen Revolution gipfeln 1918 im landesweiten Generalstreik.



1939–1945 | Zweiter Weltkrieg EINBINDUNG DER LINKEN

Vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs rücken die politischen Kräfte von links bis rechts zusammen: 1943 wählt das Parlament einen Sozialdemokraten in die Regierung, 1951 einen zweiten. Seit 1959 setzt sich der Bundesrat aus vier Parteien zusammen («Zauberformel», S. 43).



2000 | Dritte Bundesverfassung BEWAHRUNG UND OFFENHEIT

Die totalrevidierte Bundesverfassung betont die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen und regelt die Aufgabenteilung. Das Schweizer Volk stimmt den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) zu. Zwei Jahre später (2002) entscheidet es sich für den Beitritt zur UNO.

Bund, Kantone und Gemeinden

FÖDERALISMUS

SCHWEIZ



Die Schweiz ist ein föderalistischer Staat: Die Macht ist zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden aufgeteilt. Kantone und Gemeinden haben grosse Spielräume, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Föderalismus macht es

möglich, dass die Schweiz als Einheit bestehen kann – trotz vier Sprachkulturen und unterschiedlicher regionaler Eigenheiten.

Bund

Seit 1848 ist die Schweiz ein Bundesstaat, bezeichnet auch als «Eidgenossenschaft» oder als «Bund». Die Bundesverfassung legt die Aufgaben des Bundes fest. Dazu gehören u. a. die Beziehungen zum Ausland, die Landesverteidigung, das Nationalstrassennetz und die Kernenergie. National- und Ständerat bilden das eidgenössische Parlament, die Landesregierung besteht aus sieben Bundesräten, das Bundesgericht stellt die nationale Rechtsprechung sicher. Zu seiner Finanzierung erhebt der Bund u. a. die direkte Bundessteuer.

- Elf Prozent der Schweizerinnen und Schweizer leben im Ausland («Auslandsschweizer»).
- 85 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner leben in städtischen Gebieten.
- Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer machen rund 31 Prozent der Einnahmen des Bundes aus.

Kantone

Der Bund besteht aus 26 Kantonen, auch «Stände» genannt. Jeder Kanton hat ein eigenes Parlament, eine eigene Regierung, eigene Gerichte und eine eigene Verfassung. Diese darf der Bundesverfassung nicht widersprechen. Die Kantone setzen die Vorgaben des Bundes um, gestalten ihre Tätigkeit aber nach eigenen Bedürfnissen. Grossen Gestaltungsspielraum haben sie z. B. im Schul- und Spitalwesen, im Bereich Kultur sowie bei der Polizei. Jeder Kanton erhebt zu seiner Finanzierung kantonale Steuern.

- Im Kanton Basel-Stadt ist das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf mehr als dreimal so gross wie im Kanton Uri.
- In den Nationalen Finanzausgleich zahlen der Bund und sieben Kantone ein, 19 Kantone erhalten daraus Ausgleichszahlungen.
- In den Kantonen Appenzell Innerrhoden und Glarus finden noch Landsgemeinden statt.

Gemeinden

Die 26 Kantone sind in Gemeinden gegliedert. Jeder Kanton regelt die Aufgabenteilung zwischen sich und seinen Gemeinden selbst. Zu den Aufgaben von Gemeinden gehören z. B. die Ortsplanung, der Schulbetrieb, das Fürsorgewesen und die Feuerwehr. Grössere Gemeinden und Städte haben Parlamente und Volksabstimmungen. In kleineren Gemeinden entscheiden die Bürgerinnen und Bürger an Gemeindeversammlungen über politische Vorlagen. Jede Gemeinde zieht Gemeindesteuern ein.

- In der kleinsten Gemeinde (Kammersrohr, SO) leben 29 Menschen, in der grössten rund 415 000 (Stadt Zürich).
- Jedes Jahr gibt es wegen Fusionen im Durchschnitt rund 30 Gemeinden weniger.
- In vier von fünf Gemeinden entscheiden die Stimmberechtigten an Gemeindeversammlungen über politische Vorlagen.



Video Föderalismus:
www.youtube.com/chchportal > Föderalismus

Fundament

DIREKTE DEMOKRATIE

DEMOKRATIE



Bundeshaus Bern: Die Kleinbauern-Vereinigung reicht eine Petition zum Thema Gentechnik ein. Eine Vertreterin der Parlamentsdienste nimmt die Unterschriftenbögen entgegen.

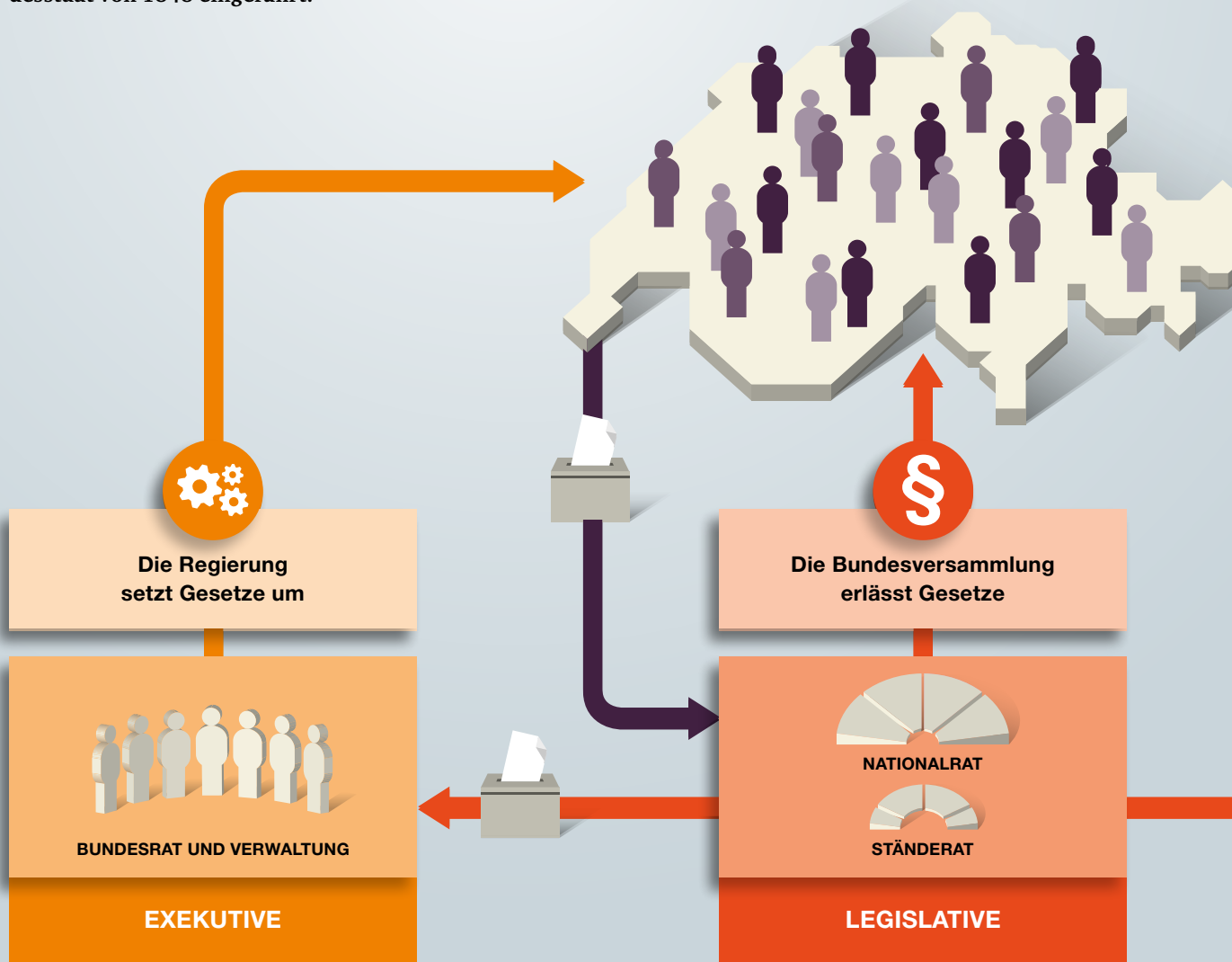
Gewaltenteilung	16
Wählen und abstimmen	18
Parteien	20



Ein Grundprinzip der Demokratie

GEWALTENTEILUNG

Gewaltenteilung verhindert die Konzentration von Macht bei einzelnen Personen oder Institutionen und schiebt dem Machtmissbrauch einen Riegel. Die Macht ist auf die drei Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative verteilt. Eine Person darf gleichzeitig nur einer der drei Staatsgewalten angehören. Die Schweiz hat die Gewaltenteilung mit dem Bundesstaat von 1848 eingeführt.



Gesetze umsetzen

Der Bundesrat ist die Regierung der Schweiz. Er führt die laufenden Geschäfte und setzt die Gesetzesbeschlüsse des Parlaments um. Jedes der sieben Bundesratsmitglieder steht einem Departement vor. Zusammen mit der Bundeskanzlei bilden die sieben Departemente die Bundesverwaltung.

Gesetze beschliessen

Das Parlament besteht aus dem National- und Ständerat. Die beiden Räte sind gleichberechtigt; zusammen bilden sie die Bundesversammlung. Das Parlament erlässt Gesetze und überwacht die Geschäftsführung des Bundesrats und des Bundesgerichts.



Recht sprechen

Das Bundesgericht ist das höchste Gericht der Schweiz. Es sorgt für die einheitliche Anwendung des Rechts und schützt die Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Zudem entscheidet es als oberste Instanz über Rechtsstreitigkeiten zwischen Bürger und Staat oder Bund und Kantonen.

Wer wählt wen?

In der Schweiz können rund 5,5 Millionen Frauen und Männer an den eidgenössischen Wahlen teilnehmen. Unter 18-Jährige sowie ausländische Staatsangehörige haben auf Bundesebene kein Wahlrecht.

Das Schweizer Volk wählt das Parlament (Legislative). Das Volk ist somit die oberste politische Instanz der Schweiz. Der Nationalrat repräsentiert die gesamte Bevölkerung, der Ständerat vertritt die 26 Kantone. Die eidgenössischen Wahlen finden alle vier Jahre statt.

Das Parlament wählt mehrere Instanzen, nämlich:

- **die Exekutive:** die sieben Mitglieder des Bundesrats und die Bundeskanzlerin oder den Bundeskanzler. Ihre Amtsdauer beträgt vier Jahre; eine Wiederwahl ist möglich. (S. 42)
- **die Judikative:** den Bundesgerichtspräsidenten sowie die Richterinnen und Richter des Bundesgerichts und der drei erstinstanzlichen Gerichte. (S. 80)
- **den Bundesanwalt:** Er leitet die Bundesanwaltschaft. Diese verfolgt unter anderem Delikte im Zusammenhang mit Sprengstoff und Spionage sowie Amtsdelikte von Bundesangestellten.

www.bundesanwaltschaft.ch

Wer kontrolliert wen?

Das Parlament hat die Oberaufsicht über den Bundesrat und die Bundesverwaltung sowie über die eidgenössischen Gerichte und die Bundesanwaltschaft. Die Parlamentsmitglieder wiederum werden vom Volk gewählt. Ihm sind sie Rechenschaft schuldig.



Info-Plattform Demokratie:
www.ch.ch/Demokratie

WÄHLEN UND ABSTIMMEN

In kaum einem anderen Staat hat das Volk derart weitreichende Mitbestimmungsrechte wie in der Schweiz. Schweizerinnen und Schweizer, die mindestens 18-jährig sind, dürfen auf nationaler Ebene wählen und abstimmen. Neben den Parlamentswahlen, die alle vier Jahre stattfinden, können sich die Stimmberechtigten bis zu viermal pro Jahr in Volksabstimmungen zu politischen Sachfragen äussern. Meistens stehen bei einem Urnengang gleich mehrere Vorlagen zur Diskussion.

Über Verfassung und Gesetz

Über jede Änderung der Verfassung wird abgestimmt (obligatorisches Referendum). Verfassungsänderungen brauchen die Zustimmung einer Mehrheit des Volks und der Kantone (doppeltes Mehr). Über ein revidiertes oder neues Gesetz wird hingegen nur abgestimmt, wenn ein fakultatives Referendum dies verlangt. Das Gesetz ist angenommen, wenn das Volk mehrheitlich zustimmt (einfaches Mehr).

Wahlen und Abstimmungen 2020

2020 finden die eidgenössischen Abstimmungen an folgenden Sonntagen statt:

9. Februar, 17. Mai, 27. September und 29. November.

Jeweils mindestens vier Monate im Voraus legt der Bundesrat fest, welche Vorlagen zur Abstimmung gelangen.



Videos zu den Abstimmungsvorlagen:
www.admin.ch/videos



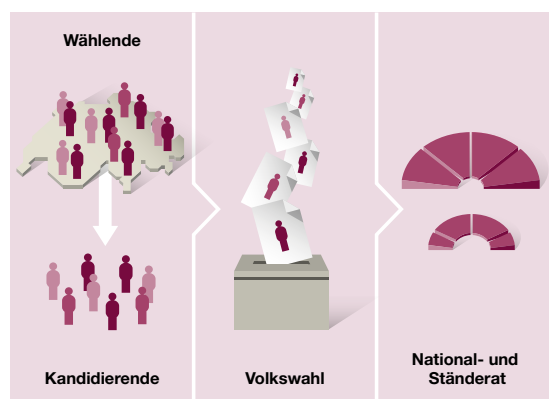
VoteInfo:
Die App mit Informationen zu eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen
Erhältlich im App Store und bei Google Play

Eidgenössische Wahlen finden alle vier Jahre statt. Die letzten Wahlen wurden am 20. Oktober 2019 durchgeführt.



Informationen zu den eidgenössischen Wahlen 2019:
www.ch.ch/wahlen2019

WAHLRECHT



Wählen und gewählt werden

Alle Wahlberechtigten können einerseits Mitglieder für das Parlament wählen (aktives Wahlrecht) und andererseits selbst für einen Parlamentssitz kandidieren (passives Wahlrecht). Für den Nationalrat sind auch die Auslandschweizerinnen und -schweizer wahlberechtigt, in gewissen Kantonen auch für den Ständerat.

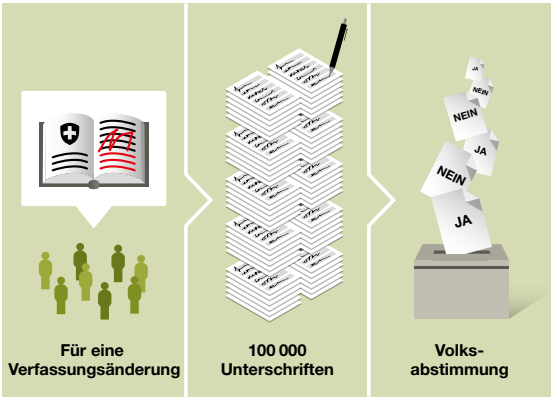
Nationalrat und Ständerat

Die 200 Mitglieder des Nationalrats und 46 Mitglieder des Ständerats werden direkt vom Volk gewählt. Die Wahlen erfolgen alle vier Jahre schriftlich. Einzig in Appenzell Innerrhoden wählt die Landsgemeinde ihre Vertretung im Ständerat per Handerheben.

- Die Wahlbeteiligung bei den eidgenössischen Wahlen 2019 betrug 45% (2015: 48%).
- 4645 Frauen und Männer hatten 2019 für den Nationalrat kandidiert (2015: 3788).
- Auf Bundesebene sind die Frauen seit 1971 stimm- und wahlberechtigt.

DIREKTDEMOKRATISCHE INSTRUMENTE

VOLKSINITIATIVE



Die Verfassung ändern

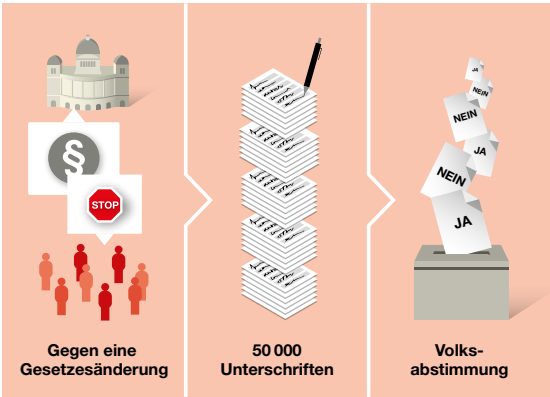
Bürgerinnen und Bürger können mit einer Volksinitiative eine Änderung der Verfassung – nicht aber eines Gesetzes – verlangen. Alle wahlberechtigten Schweizerinnen und Schweizer können eine Volksinitiative unterzeichnen und in einer Gruppe von mindestens sieben Personen (Initiativkomitee) auch selbst eine Volksinitiative lancieren.

100 000 Unterschriften

Damit eine Volksinitiative zustande kommt, sind 100 000 gültige Unterschriften nötig. Diese müssen innerhalb von 18 Monaten gesammelt werden. Bundesrat und Parlament empfehlen eine Annahme oder Ablehnung der Volksinitiative. Für eine Zustimmung ist die Mehrheit von Volk und Kantonen notwendig (doppeltes Mehr). Bei einer Annahme erfolgt die konkrete Umsetzung, bei einer Ablehnung gilt das bisherige Recht.

- Volksinitiativen gibt es auf Bundesebene seit 1891.
- 216 Volksinitiativen kamen seither zur Abstimmung. 22 wurden angenommen.
- Am 31.12.2019 waren 16 Initiativen im Sammelstadium, 16 beim Bundesrat oder Parlament hängig und drei waren abstimmungsreif.

FAKULTATIVES REFERENDUM



Ein neues Gesetz stoppen

Das Parlament verabschiedet neue oder geänderte Gesetze. Bürgerinnen und Bürger können dagegen und gegen gewisse Staatsverträge ein Referendum ergreifen. Auch das Referendumsrecht ist ein wichtiger Bestandteil der direkten Demokratie.

50 000 Unterschriften

Wahlberechtigte Schweizerinnen und Schweizer können ein Referendum unterzeichnen. Für eine Volksabstimmung sind die gemeinsame Forderung von acht Kantonen (Kantonsreferendum) oder 50 000 gültige Unterschriften nötig. Diese müssen innerhalb von 100 Tagen gesammelt werden. Die Vorlage tritt in Kraft, wenn die Mehrheit des Volks Ja sagt (einfaches Mehr). Sagt es Nein, gilt das bisherige Recht.

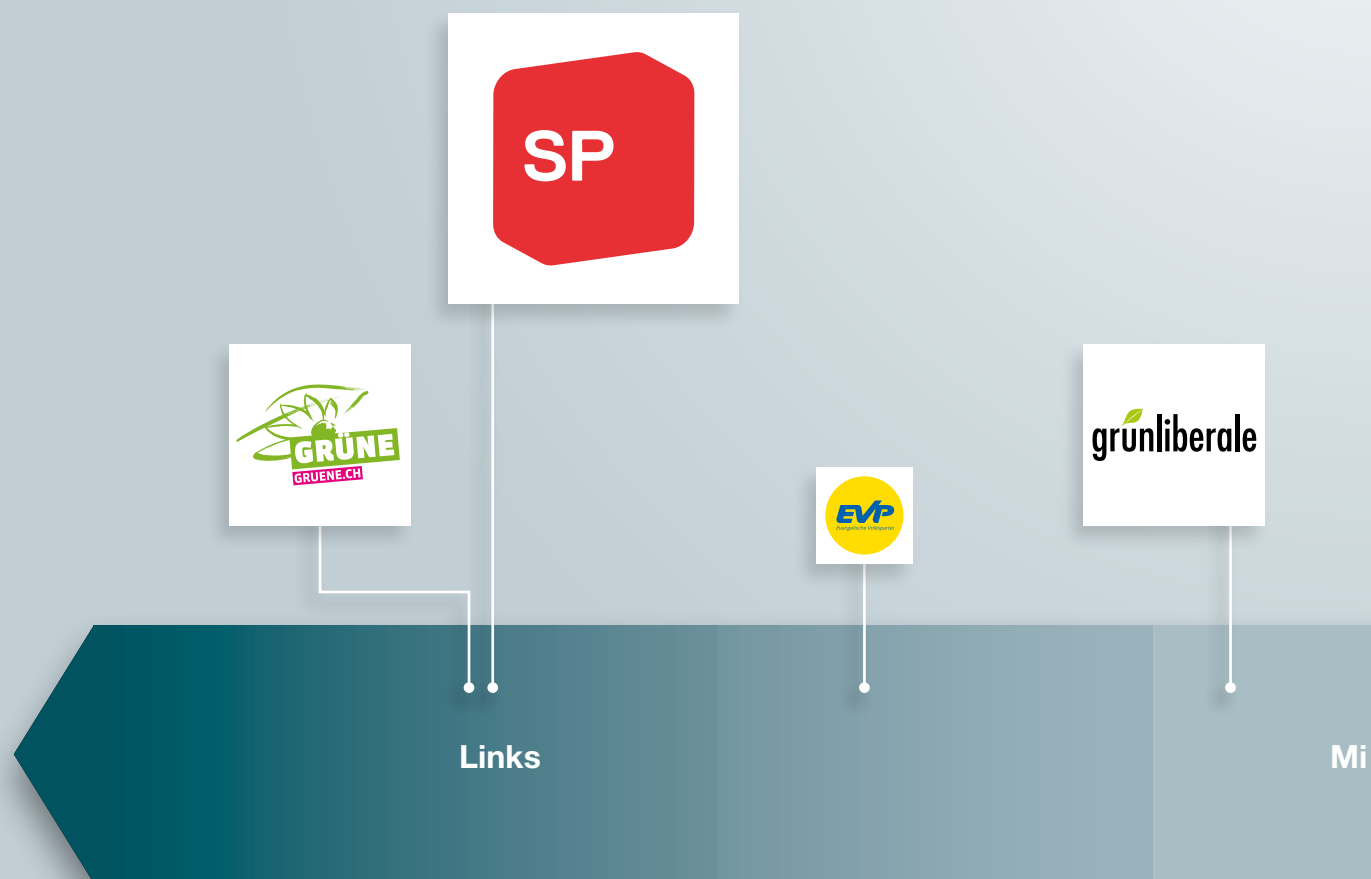
- 1874 wurde das Referendum eingeführt.
- 190 fakultative Referenden kamen seither zustande, 80 Vorlagen wurden vom Volk gestoppt.
- Am 31.12.2019 lief für 21 Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse die Referendumsfrist. Gegen sechs Vorlagen wurden Unterschriften gesammelt.

Bindeglieder zwischen Volk und Staat

PARTEIEN VON LINKS BIS RECHTS

Parteien sind für das Funktionieren der Demokratie unentbehrlich: Sie tragen zur politischen Meinungsbildung bei, stellen Kandidierende für öffentliche Ämter und ergreifen Initiativen oder Referenden. Parteien unterscheiden sich voneinander durch ihre Auffassungen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.

Linke Parteien befürworten einen ausgebauten Sozialstaat, rechte Parteien setzen vor allem auf eine liberale Wirtschaftspolitik und auf die Verantwortung jedes Einzelnen. Neben der Links-rechts-Frage gibt es die Umweltfrage, die Frage der Öffnung der Schweiz gegenüber Europa und internationalen Organisationen und die Frage der libera-

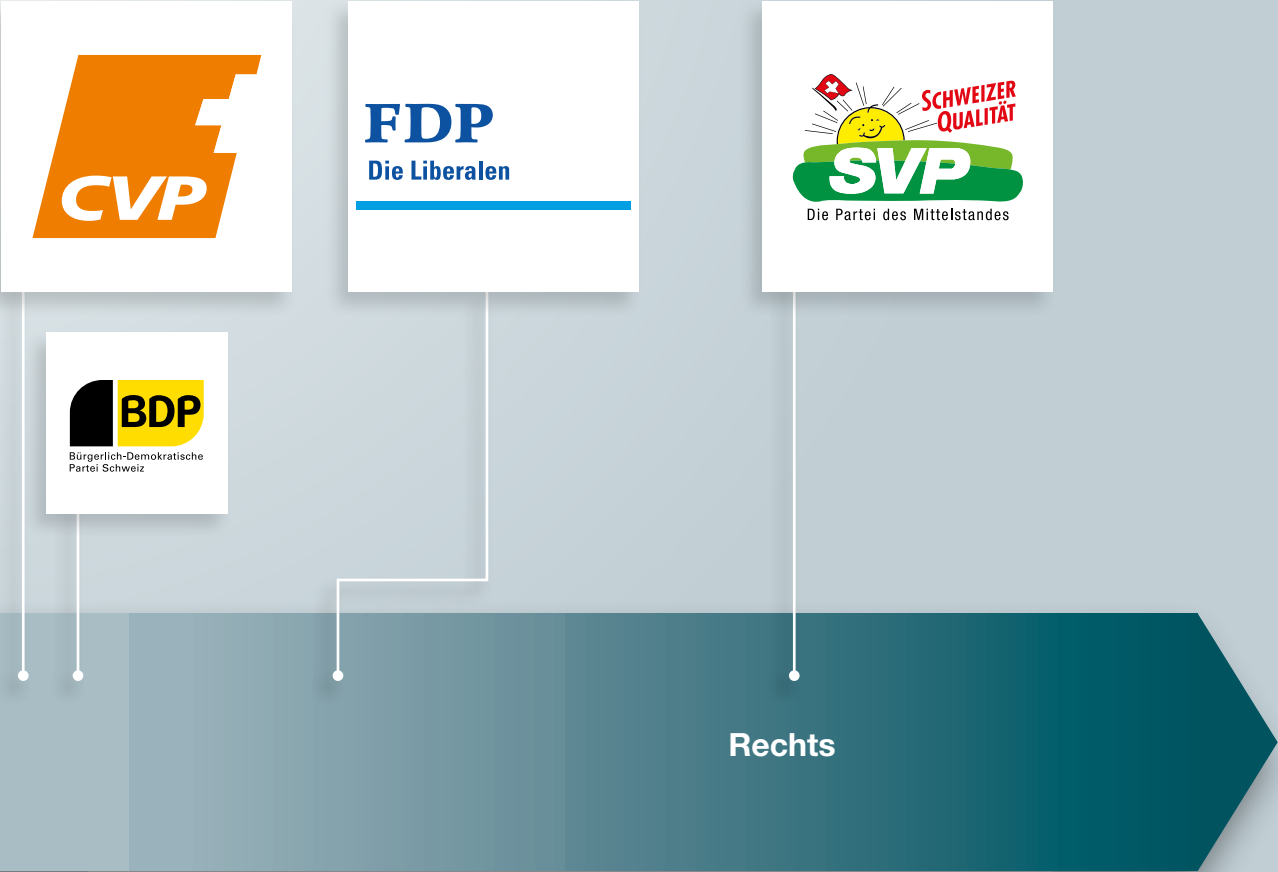


Was heisst «links»?

- Ein starker Sozialstaat, der die sozialen Unterschiede ausgleicht
- Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vordergrund
- Preiskontrollen, Service public
- Mehr Friedenspolitik, weniger Armee

len Werte (z. B. gleichgeschlechtliche Partnerschaft). Mitteparteien arbeiten je nach Thema mit linken oder mit rechten Parteien zusammen. Die Parteienlandschaft der Schweiz besteht aus vielen Parteien, von denen auf Bundesebene keine die Mehrheit hat. Fünf Parteien erreichen in der Bundesversammlung

(National- und Ständerat) eine Parteistärke von mehr als 10%: SVP (24%), SP (20%), FDP (17%), CVP (15%) und Grüne (13%). Diese Parteien sind im Bundesrat vertreten, mit Ausnahme der Grünen, die erstmals bei den Parlamentswahlen 2019 eine Wählerstärke über 10% erreichten.



Was heisst «rechts»?

- Freiheit und Selbstverantwortung, Staat greift nur zur Not ein
- Interessen der Arbeitgeber im Vordergrund
- Freies Unternehmertum, ökonomische Anreize
- Starke Landesverteidigung

Die zwölf Parteien auf Bundesebene

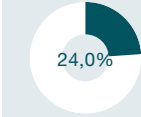
PARTEIEN IN KÜRZE

In der Legislatur 2019 – 2023 setzt sich der Nationalrat aus zwölf Parteien zusammen. Sechs davon sind auch im Ständerat vertreten, vier im Bundesrat. Die Parteien auf Bundesebene sind hier kurz vorgestellt. Die Reihenfolge entspricht der Anzahl Sitze in der Bundesversammlung.

SVP Schweizerische Volkspartei



Parteipräsident
Albert Rösti
(bis März 2020)
www.svp.ch



Ständerat
6

Nationalrat
53
 13 40

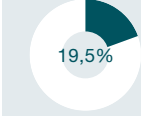
Bundesrat
2

Gründungsjahr
1971 (BGB 1917)

SP Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Parteipräsident
Christian Levrat
(bis April 2020)
www.sp-ps.ch



Ständerat
9
 3 6

Nationalrat
39
 25 14

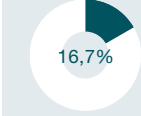
Bundesrat
2
 1 1

Gründungsjahr
1888

FDP FDP.Die Liberalen



Parteipräsidentin
Petra Gösli
www.fdp.ch



Ständerat
12
 1 11

Nationalrat
29
 10 19

Bundesrat
2
 1 1

Gründungsjahr
1894 (Fusion 2009)

CVP Christlichdemokratische Volkspartei



Parteipräsident
Gerhard Pfister
www.cvp.ch



Ständerat
13
 4 9

Nationalrat
25
 7 18

Bundesrat
1

Gründungsjahr
1912

Grüne Grüne Partei der Schweiz



Parteipräsidentin
Regula Rytz
(bis April 2020)
www.gruene.ch



Ständerat
5
 4 1

Nationalrat
28
 17 11

Gründungsjahr
1983





glp Grünliberale Partei Schweiz



 <div>Parteipräsident Jürg Grossen www.grunliberale.ch</div>			Nationalrat 16  8  8		Gründungsjahr 2007
--	---	--	---	--	-----------------------





BDP Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz



 <div>Parteipräsident Martin Landolt www.pbd.info</div>			Nationalrat 3  1  2		Gründungsjahr 2008
--	---	--	--	--	-----------------------


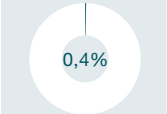

EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz



 <div>Parteipräsidentin Marianne Streiff-Feller www.evpppv.ch</div>			Nationalrat 3  2  1		Gründungsjahr 1919
---	---	--	--	--	-----------------------




EDU Eidgenössisch-Demokratische Union



 <div>Parteipräsident Hans Moser www.edu-schweiz.ch</div>			Nationalrat 1 		Gründungsjahr 1975
--	---	--	--	--	-----------------------




LdT Lega dei Ticinesi



 <div>www.lega-dei-ticinesi.ch</div>			Nationalrat 1 		Gründungsjahr 1991
--	---	--	--	--	-----------------------




PdA Partei der Arbeit der Schweiz



 <div>Parteipräsident Gavriel Pinson www.pda.ch</div>			Nationalrat 1 		Gründungsjahr 1944
--	---	--	--	--	-----------------------

solidarités



 <div>Parteipräsidentin Jocelyne Haller www.solidarites.ch</div>			Nationalrat 1 		Gründungsjahr 1992
---	---	--	--	--	-----------------------



Prozentualer Sitzanteil gerundet in der Bundesversammlung (National- und Ständerat)

Legislative

PARLAMENT



National- und Ständerat	26	Vernetzung mit der Welt	33
Das Parlament in Zahlen	27	Parlamentsdienste	34
Organisation der Räte	28	Verteilung der Kommissionssitze	35
Mechanik des Parlaments	31	Weg zu einem neuen Gesetz	36
Milizparlament	32	Parlamentsgebäude	38



Am 2. Dezember 2019 wurden die neu gewählten Nationalrätinnen und Nationalräte im Plenum vereidigt.

Zwei Räte – ein Parlament

NATIONAL- UND STÄNDERAT

Eine Vertretung von Volk und Kantonen

Das Schweizer Parlament, die Legislative, besteht aus zwei Kammern, die einander gleichgestellt sind und sich doch unterscheiden: Im Nationalrat, der Grossen Kammer, sitzen die Volksvertreterinnen und -vertreter, im Ständerat, der Kleinen Kammer, die Kantonsvertreterinnen und -vertreter. Zusammen bilden die beiden Kammern die Vereinigte Bundesversammlung. Die 246 Parlamentsmitglieder stehen für die unterschiedlichen Sprachgemeinschaften, Parteien, Interessen, Weltanschauungen und Regionen der Schweiz.

Die **200 Nationalrätinnen und Nationalräte** repräsentieren die rund acht Millionen Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz – jedes Nationalratsmitglied vertritt also rund 42 000 Personen. Am grössten ist die Zürcher Delegation mit 35 Mitgliedern. Da gemäss Bundesverfassung jeder Kanton Anspruch auf mindestens einen Nationalratssitz hat, entsendet auch Appenzell Innerrhoden mit seinen 16 000 Einwohnerinnen und Einwohnern einen Volksvertreter nach Bern.

Die **46 Mitglieder des Ständerats** repräsentieren ihren Kanton bzw. Stand. Es sind je zwei pro Kanton, wobei es auch hier eine Ausnahme gibt: Die Kantone Obwalden, Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden entsenden als ehemalige Halbkantone nur je einen Vertreter. Die Mitglieder des Ständerats werden in direkter Wahl bestimmt.

National- und Ständerat tagen in der Regel getrennt, gewisse Geschäfte behandeln sie als Vereinigte Bundesversammlung jedoch gemeinsam. Dazu gehören unter anderem die Wahl der Mitglieder des Bundesrats und der Bundesgerichte. Die Bundesversammlung übt damit – unter Vorbehalt der Rechte von Volk und Ständen – die oberste Gewalt im Bund aus. Das ist eine Schweizer Besonderheit: Im Unterschied zu anderen Ländern wählt in der Schweiz das Parlament die Regierung und das oberste Gericht. Die Entscheide des Parlaments kann kein Gericht überprüfen. Ausserdem kann das Parlament nicht vor Ablauf einer Legislatur aufgelöst werden.

Vereinigte Bundesversammlung

Die Vereinigte Bundesversammlung tagt im Nationalratssaal. Während die Mitglieder des Nationalrats an ihren angestammten Plätzen sitzen, nehmen die Ständerätinnen und Ständeräte an der Rückwand des Saals ihre nach Kanton angeordneten Sitze ein. Die Leitung hat der oder die jeweilige Vorsitzende des Nationalrats inne. Er oder sie wird deshalb als höchster Schweizer oder höchste Schweizerin bezeichnet.

Zweikammersystem

Ein Zweikammersystem ist keine Selbstverständlichkeit – in vielen Ländern gibt es nur eine Parlamentskammer. Wo es zwei Kammern gibt, hat in der Regel die «grosse» Kammer, die meist eine Volksvertretung ist, mehr zu sagen als die «kleine», die oft die Regionen vertritt. In der Schweiz ist das anders: Beide Räte haben dieselben Kompetenzen, sie behandeln dieselben Geschäfte auf dieselbe Art. Das gilt auch für Budgetfragen. Abwechslungsweise berät der eine oder der andere Rat ein Geschäft zuerst. Beide Räte müssen übereinstimmende Beschlüsse fassen, damit diese gültig sind. Auch die einzelnen Mitglieder des Ständerats und des Nationalrats haben dieselben Rechte: Jeder und jede kann Gesetzesentwürfe oder Aufträge an den Bundesrat einreichen.

Wegen der unterschiedlichen politischen Zusammensetzung kommen die Kammern oft nicht zu denselben Entscheidungen. Dabei hat auch die Grösse eines Rats ihren Einfluss: Die 46 Mitglieder des Ständerats können sich zu jedem Geschäft spontan äussern, während für die 200 Mitglieder des Nationalrats eine komplexe Redeordnung gilt, die spontane Voten kaum zulässt. Deshalb ist es im Ständerat einfacher als im Nationalrat, mit guten Argumenten eine Abstimmung zu beeinflussen.

Bis ein Gesetz in beiden Kammern völlig gleichlautend beschlossen ist, vergeht oft einige Zeit. Wenn es aber einmal beschlossen ist und die Hürde eines eventuellen Referendums genommen hat, hat es auch Bestand.

Weitere Informationen zum Parlament: www.parlament.ch

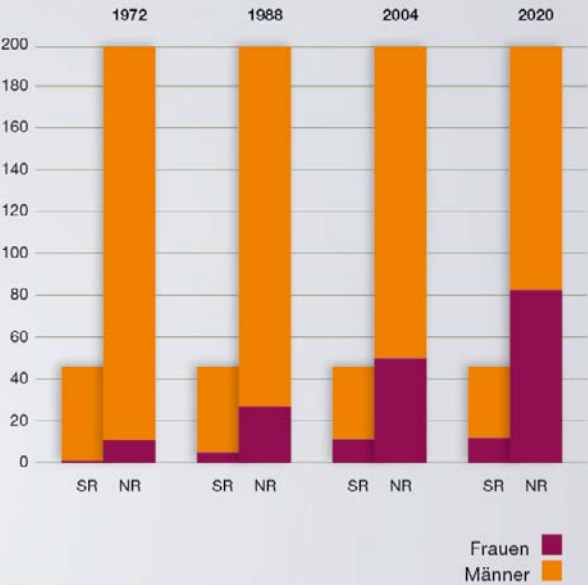
Auf einen Blick

DAS PARLAMENT IN ZAHLEN

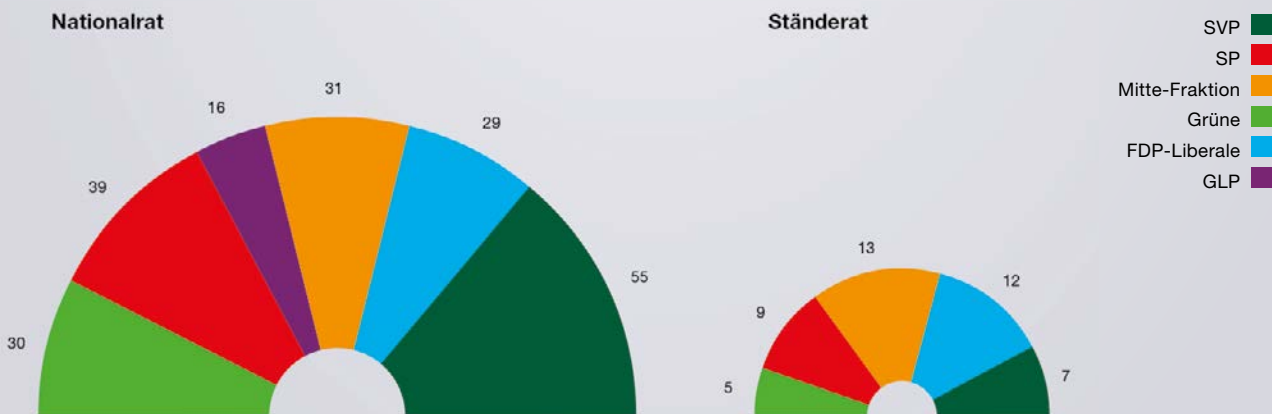
Altersgruppen in der Schweizer Bevölkerung und im Parlament



Frauen und Männer im Parlament



Stärke der Fraktionen im Parlament



Film «Erklär mir das Parlament»:
www.parlament.ch > Über das Parlament >
Wie funktioniert das Parlament? > Film

ORGANISATION DER RÄTE

Organe des Parlaments

In jeder grösseren Gruppe bedarf es Regeln, so auch im National- und Ständerat: Jedem Ratsmitglied wird ein Sitzplatz zugeteilt, wobei Mitglieder der gleichen Partei in der Regel beieinander sitzen. An der ersten Sitzung der neuen Legislatur wählt jeder Rat seinen **Vorsitz** und die Mitglieder des **Ratsbüros**. Der Ratspräsident oder die Ratspräsidentin leitet die Ratssitzungen. Er oder sie wird dabei vom Ratssekretariat unterstützt.

Die Mitglieder einer Partei oder gleichgesinnter Parteien formieren sich zu **Fraktionen**. Zur Bildung einer Fraktion sind mindestens fünf Mitglieder aus einem Rat erforderlich. Im Nationalrat haben bei den allermeisten Geschäften nur Mitglieder einer Fraktion das Recht zu sprechen. Zudem ist dort die Fraktionszugehörigkeit Voraussetzung, um in einer Kommission Einsitz nehmen zu können. Nur wer einer Fraktion angehört, kann also wirksam Politik betreiben. Parteien mit weniger als fünf Parlamentsmitgliedern bemühen sich deshalb um Anschluss an eine Fraktion. Sie werden umgekehrt aber auch umworben. Je grösser nämlich eine Fraktion ist, desto mehr Kommissionssitze stehen ihr zu und desto grösser ist ihr Einfluss im Rat.

Für die Ratsmitglieder ist es eine schwierige Aufgabe, sich in der Überfülle der Geschäfte, die oft auch eher technische Fragen behandeln, eine fundierte Meinung zu bilden. Bevor die Geschäfte in den Rat kommen, werden sie deshalb in den Fraktionen diskutiert: Man versucht, sich auf einheitliche Positionen festzulegen, die von den Fraktionsmitgliedern dann im Rat sowie gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit vertreten werden. Die Ratsmitglieder stimmen jedoch ohne Weisungen: Es ist jedem Ratsmitglied freigestellt, bei den Abstimmungen im Rat von der Fraktionsmeinung oder der Position eines Kantons oder eines Verbands abzuweichen.

Die **Kommissionen** bieten Raum, um ausführliche und vertiefte Diskussionen zu führen, Sachfragen zu klären, Fachleute der Verwaltung, Expertinnen und Experten und die betroffenen Kreise anzuhören und sich mit den Bundesrätinnen und Bundesräten auszutauschen. Sie sind aber auch der Ort, wo ausprobiert werden kann, ob bestimmte Ideen über Parteigrenzen hinweg mehrheitsfähig sind.



Zuständigkeiten

Die Hauptaufgabe des Parlaments ist es, Gesetze zu beschliessen. Das Spektrum erstreckt sich vom Auslandsschweizergesetz bis zum Zivildienstgesetz, von Fragen des Naturschutzes bis zum Autobahnbau, vom Kriegsmaterialgesetz bis zur Friedensförderung.

Das Parlament ist aber auch zuständig für:

- die Freigabe von finanziellen Mitteln (Budget) und die Genehmigung der Staatsrechnung des Bundes;
- die Aufsicht über Bundesrat, Verwaltung und Bundesgerichte;
- die Wahl der Mitglieder des Bundesrats und der Bundesgerichte sowie des Bundeskanzlers;
- völkerrechtliche Verträge, für deren Abschluss nicht der Bundesrat zuständig ist, und
- für die Beziehungspflege zu ausländischen Parlamenten

Allianzen

Allein bringt keine Fraktion ein Geschäft durch; um zu gewinnen, braucht es Allianzen. Meist teilt sich das Parlament bei strittigen Vorlagen in ein eher bürgerliches und ein eher linkes Lager. Damit entscheidet letztlich die politische Mitte über Ja oder Nein, je nachdem, auf welche Seite sie sich schlägt. Ab und zu kommt es allerdings auch zu einer sogenannten unheiligen Allianz: Die linke – SP und Grüne – und die rechte Ratsseite – SVP – spannen zusammen, um eine Vorlage mit vereinten Kräften, aber aus teils völlig entgegengesetzten Motiven, grundlegend zu verändern oder gar abzulehnen.

Nationalratspräsidentin 2019/20



Isabelle Moret
FDP-Liberale / Waadt
seit 2006 im Nationalrat

Ständeratspräsident 2019/20



Hans Stöckli
Sozialdemokratische Partei SP / Bern
seit 2011 im Ständerat

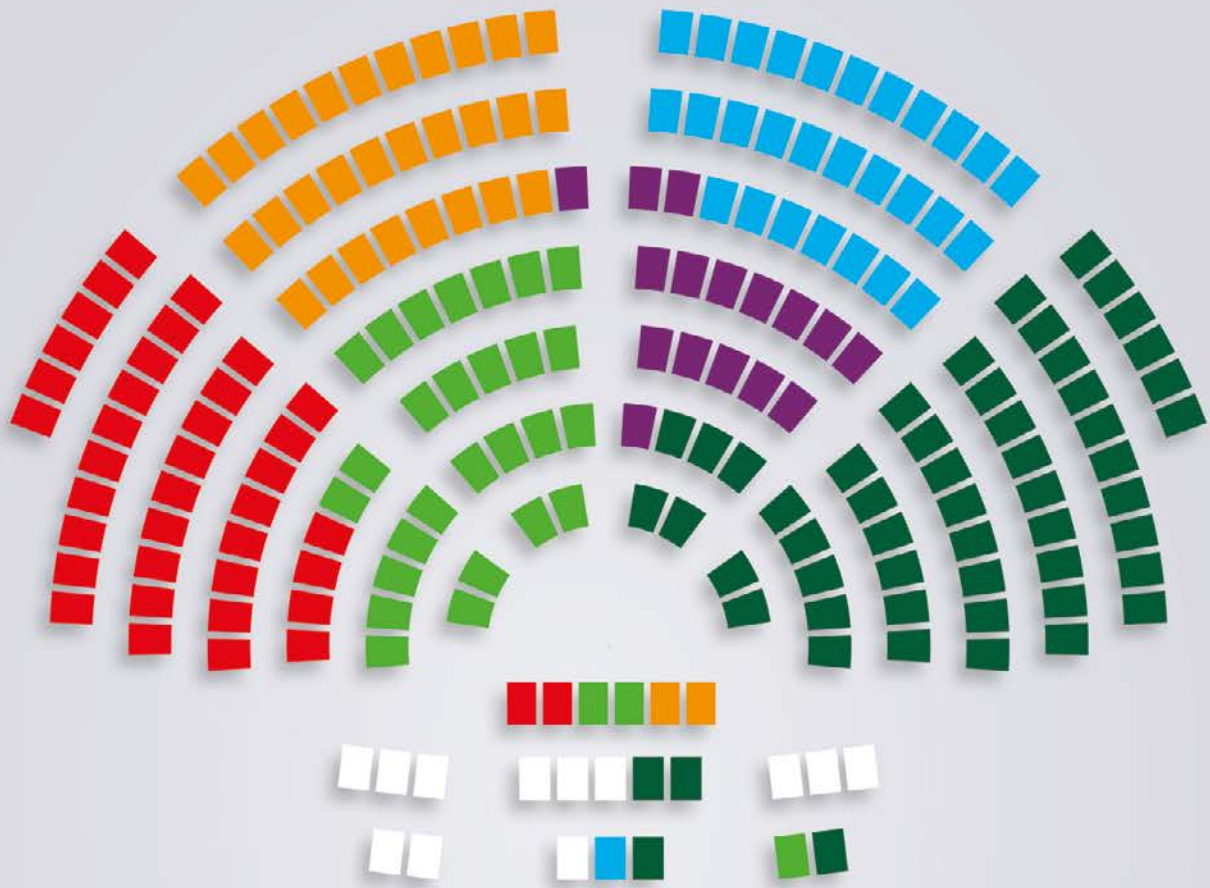


Informationen zur Nationalratspräsidentin
Isabelle Moret:
www.parlament.ch > Organe > Nationalrat > Präsidentin

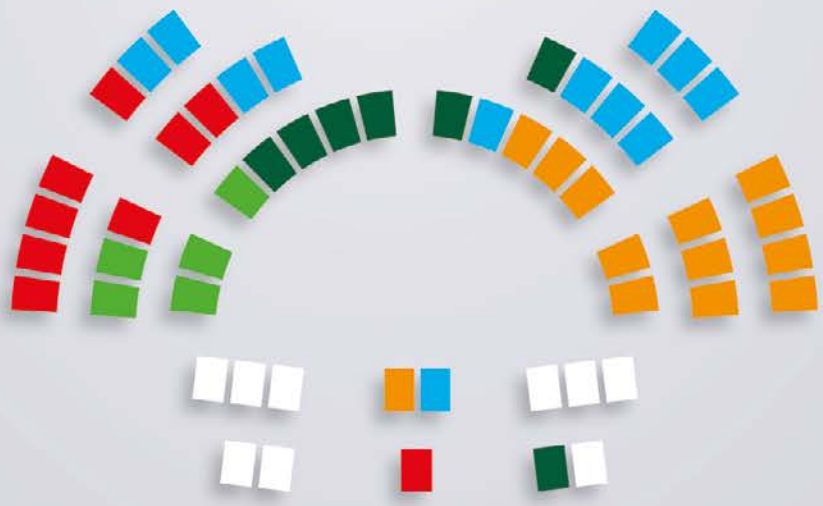


Informationen zum Ständeratspräsidenten
Hans Stöckli:
www.parlament.ch > Organe > Ständerat > Präsident

SITZVERTEILUNG NATIONALRAT



Wer sitzt wo? Interaktive Darstellung auf www.parlament.ch > Organe > Sitzordnung



SITZVERTEILUNG STÄNDERAT

Fraktionen

- SVP
- SP
- Mitte-Fraktion
- Grüne
- FDP-Liberale
- GLP

Wie man sein Anliegen ein- und durchbringt

MECHANIK DES PARLAMENTS

Parlamentarische Instrumente

Jedes Mitglied von National- und Ständerat kann mit einem sogenannten Vorstoss die Einführung neuer Verfassungsbestimmungen und Gesetze oder deren Änderung beantragen. Es kann Bundesrat und Verwaltung auch Berichte in Auftrag geben oder Auskünfte von ihnen verlangen.

Jeder Vorstoss bedeutet, dass Bundesrat und Verwaltung Abklärungen treffen und Stellung nehmen müssen, bevor in der zuständigen Kommission und im Rat darüber beraten und entschieden wird.

Damit Vorstösse weiterverfolgt werden, braucht es Mehrheiten: in den vorberatenden Kommissionen, in einem oder gar in beiden Räten. Da Vorstösse aber meistens politisch umstrittene Themen behandeln, ist es nicht selbstverständlich, dass dies gelingt.

Die parlamentarischen Instrumente werden rege genutzt: 1996 reichte jedes Ratsmitglied im Schnitt 3,6 Vorstösse ein. 2009 waren es 9,4, danach sank die Zahl wieder leicht auf 8 Vorstösse pro Ratsmitglied im Jahr 2011. In den letzten Jahren stieg die Anzahl der Vorstösse stetig an. Nach 2018 (9,6 Vorstösse), stellte das Jahr 2019 mit 10,3 Vorstössen pro Ratsmitglied einen erneuten Höhepunkt dar.

Mit einer **parlamentarischen Initiative** kann ein Ratsmitglied vorschlagen, dass das Parlament selber ein Gesetz erlässt, indem es die Idee oder gleich den Gesetzesentwurf formuliert. Mit einer **Motion** kann das Ratsmitglied den Ball dem Bundesrat zuspielen und verlangen, dass dieser gesetzgeberisch tätig wird. Mit einem **Postulat** wird der Bundesrat lediglich beauftragt zu prüfen, ob ein Gesetzes- oder Beschlusstext vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen sei, während eine **Interpellation** vom Bundesrat Auskunft über Angelegenheiten des Bundes verlangt.

Kommissionen

Manch einer staunt vielleicht ob der halbleeren Säle von National- und Ständerat. Wenn ein Geschäft im Rat behandelt wird, ist ein Grossteil der parlamentarischen Arbeit jedoch schon gemacht und viele Vorentscheide sind getroffen. Das geschieht in den Kommissionen; dort werden die meisten Geschäfte vorberaten.

Es gibt neun Sachbereichskommissionen, die sich vor allem mit der Vorberatung von Gesetzen befassen. Ihnen sind bestimmte Themenkreise wie Verkehr, Rechtsfragen, Aussen- oder Sozialpolitik usw. zugeordnet. Zusätzlich gibt es die Finanzkommission und die Geschäftsprüfungskommission, die sich mit den Bundesfinanzen und der Geschäftsführung von Bundesrat und Verwaltung befassen und diese überwachen.

In speziellen Fällen kann eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) bestimmte Vorgänge und Bereiche untersuchen.

Im Gegensatz zu den Sitzungen von National- und Ständerat sind Kommissionssitzungen nicht öffentlich – die vertraulichen Beratungen sollen eine offenere Diskussion unter den Mitgliedern ermöglichen. Die Kommissionen informieren die Medien aber nach ihren Sitzungen über die Ergebnisse.

Den Kommissionen des Nationalrats gehören je 25 Mitglieder an, denjenigen des Ständerats je 13. Ihre Zusammensetzung richtet sich nach der Stärke der Fraktionen.

Die Kommissionen im Detail:

www.parlament.ch > Organe > Kommissionen



Film «Zimmer 286»

Kommissionsarbeit hinter verschlossenen Türen:
www.parlament.ch > Organe > Kommissionen > Links > Film

Teilzeitmandat

Das Schweizer Parlament ist ein sogenanntes Milizparlament: Seine Mitglieder widmen zwar ihrem Parlamentsmandat viel Zeit, die meisten gehen jedoch weiterhin einer beruflichen Tätigkeit nach. Wegen dieser hohen Arbeitsbelastung gibt es Stimmen, die das Milizsystem hinterfragen und – auch wegen der steigenden Anzahl und der thematischen Vielfalt der Geschäfte – ein Berufsparlament fordern. Dem wird entgegengehalten, Teilzeitparlamentarierinnen und -parlamentarier seien volksnäher und könnten aufgrund ihrer beruflichen Erfahrungen wertvolles Fachwissen in die Diskussionen einbringen.

Die Ratsmitglieder verbringen viele Tage in Bern. Zur Präsenz während der Sessionen sind noch die Sitzungstage in den Kommissionen zu rechnen. Die Mitglieder des Nationalrats sitzen in ein bis zwei, diejenigen des Ständerats in drei bis vier Kommissionen. Das bedeutet, dass die Nationalrätinnen und Nationalräte an weiteren 30 bis 50 Tagen und die Ständerätinnen und Ständeräte an 40 bis 70 Tagen in die Bundesstadt reisen müssen.

Berufliche Vielfalt

Zwar geben bereits rund 18 Prozent der Nationalräte bzw. 40 Prozent der Ständeräte an, Berufspolitiker zu sein, die meisten Parlamentarier sind aber auch noch anderweitig aktiv. Dabei reicht das Berufsspektrum von der Ärztin oder der Anwältin über den Handwerker und den Unternehmer bis hin zum Verbandspräsidenten. Aber auch Bauern, Banker und Gemeindepolitikerinnen nehmen Einsitz im Parlament.

Geregeltes Einkommen

Gesetz und Verordnung regeln die Bezüge der Parlamentarierinnen und Parlamentarier:

- Das Jahreseinkommen für die Vorbereitung der Ratsarbeit beträgt 26 000 Franken.
- Pro Sitzungstag im Rat, in der Fraktion oder in Kommissionen wird ein Taggeld von 440 Franken entrichtet.
- Die Jahresentschädigung für Personal- und Sachausgaben beläuft sich auf 33 000 Franken.
- Dazu kommen Entschädigungen für Mahlzeiten, Reise- und Übernachtungskosten.
- Ein Ratsmitglied, das einen Rat präsidiert oder ein Vizepräsidium innehat, erhält eine zusätzliche Entschädigung.

Neben diesem Einkommen und den Spesenentschädigungen erhalten die Ratsmitglieder einen Beitrag an die berufliche Vorsorge.

Auf dem Einkommen sind AHV/IV/EO/ALV-Beiträge zu leisten; das Einkommen der Ratsmitglieder ist zudem zu versteuern.

Auf Entschädigungen sind keine Sozialbeiträge zu leisten, sie sind steuerfrei.

www.parlament.ch > Organe > Bezuege

VERNETZUNG MIT DER WELT

Es ist zwar der Bundesrat, der die Schweiz nach aussen vertritt und für auswärtige Angelegenheiten zuständig ist, auch indem er Verträge aushandelt und ratifiziert. Er hat dabei aber die Mitwirkungsrechte der Bundesversammlung zu wahren und ihr Verträge zur Genehmigung zu unterbreiten.

In den vergangenen Jahrzehnten kam es auf wirtschaftlicher Ebene stetig zu einer Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit, womit auch die Zahl der Staatsverträge stieg. Da sich diese Staatsverträge in der Regel auf das innerstaatliche Recht auswirken, ging mit dieser Entwicklung der Wunsch des Parlaments einher, als Legislative möglichst früh in den Verhandlungsprozess eingebunden zu sein. Seit der Jahrtausendwende ist die Aussenpolitik somit ein Feld der Kooperation zwischen Exekutive und Legislative.

Der Bundesrat konsultiert seither die für die Aussenpolitik zuständigen Kommissionen bei vielen Vorhaben. Ausserdem wirkt die Bundesversammlung in internationalen parlamentarischen Versammlungen mit und pflegt die Beziehung zu ausländischen Parlamenten. Die parlamentarische Aussenpolitik ermöglicht es den zuständigen Organen (Ratspräsidien, Kommissionen, ständigen oder nicht ständigen Delegationen) und Mitgliedern des Parlaments, eigene aussenpolitische Erfahrungen zu sammeln und Zugang zu Informationen aus erster Hand zu erhalten. Ferner ermöglicht die parlamentarische Aussenpolitik die Mitgestaltung und Einflussnahme auf die politische Arbeit in den interparlamentarischen Organisationen, die Vertretung der Schweizer Interessen an internationalen parlamentarischen Treffen, die Etablierung einer zur Regierungsebene ergänzenden Kommunikationsebene sowie den Aufbau eines parlamentarischen Beziehungsnetzes.

Die ehemalige Nationalratspräsidentin begrüsst den Parlamentspräsidenten der Mongolei in der Schweiz.



Besuch des ehemaligen Ständeratspräsidenten in Portugal.



Die Drehscheibe des Parlaments

PARLAMENTSDIENSTE

Die Parlamentsdienste unterstützen die Ratsmitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Im Sinne der Gewaltenteilung sind sie dem Parlament unterstellt und von Bundesrat und Bundesverwaltung unabhängig.

Der Beginn der Amtszeit eines neugewählten Mitglieds der Bundesversammlung lässt sich mit dem Antritt einer neuen Stelle vergleichen: Man hat viele Fragen, wird mit Informationen überhäuft, sollte gleich loslegen, muss sich aber zunächst einmal mit den Mechanismen des Parlaments vertraut machen. Hier stehen die Parlamentsdienste den Ratsmitgliedern mit Rat und Tat zur Seite. Bei einem Legislaturwechsel haben die Parlamentsdienste mit ihren 304 Mitarbeitenden, die sich 222 Vollzeitstellen teilen, deshalb besonders viel zu tun.

Vielfalt an Dienstleistungen

Während der Sessionen der beiden Räte sind die verschiedenen Einheiten der Parlamentsdienste überall im Einsatz – vor und hinter den Kulissen. Beispielsweise werden die Debatten der laufenden Sitzungen gleich zu geschriebenem Text verarbeitet und im Amtlichen Bulletin veröffentlicht, sodass die einzelnen Wortmeldungen und die Abstimmungsergebnisse schon nach rund einer Stunde auf www.parlament.ch nachgelesen werden können.

In den Perioden zwischen den Sessionen ist es etwas ruhiger. Aber auch dann finden an vielen Tagen Sitzungen statt. Kommissionssitzungen werden von den jeweiligen Kommissionssekretariaten vorbereitet und vom Weiberteam unterstützt. Damit sich die Kommissionsmitglieder in die Vielfalt der Themen und Fachgebiete einarbeiten können, werden ihnen diverse Dokumente zur Verfügung gestellt, etwa Berichte der Bundesämter, Artikel aus der Presse oder der Fachwelt und die Protokolle früherer Sitzungen. Ratsmitglieder können sich von den Parlamentsdiensten aber auch individuell dokumentieren und beraten lassen, um bestimmte Fragestellungen zu vertiefen.

Zu den Aufgaben der Parlamentsdienste gehört es ausserdem, Communiqués zu verfassen, Medienkonferenzen zu organisieren, Reisen schweizerischer Delegationen ins Ausland und umgekehrt auch die Besuche ausländischer Delegationen beim schweizerischen Parlament vorzubereiten.

Informationen online und in allen Amtssprachen

Ein Team von Informatikern und Web-Spezialisten ist für den Betrieb und Unterhalt der gesamten Informatik-Infrastruktur bei den Parlamentsdiensten und den Fraktions-

sekretariaten zuständig. Auch die Website des Parlaments muss immer aktuell sein, damit die interessierte Öffentlichkeit Informationen über Geschäfte, Angaben zu den Ratsmitgliedern oder auch Informationen über Veranstaltungen online abfragen kann. Während der Sessionen erfolgt zudem die Übertragung der Debatten per Internetstream.

Die Ratsmitglieder sprechen in den Kommissionen und im Rat in ihrer Sprache. Während der Sessionen gewährleistet der Dolmetscherdienst im Nationalrat die Simultanübersetzung der Voten in die drei Amtssprachen Deutsch, Französisch und Italienisch. Die meisten Dokumente stehen auch in übersetzter Version zur Verfügung.

Die Bevölkerung kann die Arbeit ihrer Vertreterinnen und Vertreter nicht nur via Medien oder Internet, sondern auch vor Ort auf der Tribüne mitverfolgen. Ratsmitglieder empfangen einzelne Besucher oder Gruppen im Bundeshaus und Besucher können sich im Rahmen einer Führung über das Bundeshaus informieren lassen.

Im Bundeshaus verkehren viele und sehr unterschiedliche Personengruppen: die Ratsmitglieder, die Interessen- und die Medienvertreterinnen, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und die Besucher. Ein derart offenes Haus bedingt ein gewisses Mass an baulichen Sicherheitsvorkehrungen und die Präsenz von Sicherheitspersonal. Ausserdem muss dieses Haus unterhalten werden. Was im Vordergrund geschieht und sichtbar wird, wäre nicht möglich, wenn nicht auch das Unsichtbare im Hintergrund geschähe: wenn überquellende Papierkörbe nicht geleert würden, wenn im Winter nicht geheizt wäre oder wenn es nirgends einen Kaffee gäbe ...



Parlamentsdienste

Generalsekretär: **Philippe Schwab**

www.parlament.ch

Repräsentanz bis in alle Gremien

VERTEILUNG DER KOMMISSIONSSITZE

Ein Legislaturwechsel endet nicht etwa mit der Vereidigung der Ratsmitglieder, sondern erst mit der Neuzusammensetzung der Kommissionen. Das jeweilige Ratsbüro wählt in der ersten Session einer neuen Legislaturperiode die Mitglieder der Kommissionen. Die Amtsdauer der Kommissionsmitglieder beträgt vier Jahre, wobei eine Wiederwahl möglich ist.

Insgesamt sind in beiden Räten 427 Kommissionssitze zu besetzen. Ein ausgeklügelter Verteilschlüssel stellt sicher, dass alle Fraktionen gemäss ihrer Grösse in annähernd allen Kommissionen angemessen vertreten sind. Dabei kann bereits eine vermeintlich geringfügige Änderung der Fraktionsgrösse um ein oder zwei Sitze dazu führen, dass einer Fraktion ungleich mehr oder weniger Kommissionssitze zugeteilt werden. Hier zeigt sich, weshalb parteilose Ratsmitglieder gerne von Fraktionen umworben werden. Und es zeigt sich auch, dass ein allfälliger Zusammenschluss von Parteien zu einer grösseren Fraktion ein strategischer Schachzug sein kann, um einem gemeinsamen Standpunkt mehr Gewicht zu verleihen.

Ein Beispiel, das aufzeigt, welche Auswirkungen die Wahl eines neuen Ratsmitglieds für die Zusammensetzung der Kommissionen haben kann: Mit der Wahl von Ständerätin Karin Keller-Sutter in den Bundesrat im Dezember 2018 musste der frei werdende Ständeratssitz der ausscheidenden FDP-Frau neu besetzt werden. Benedikt Würth, als Vertreter der CVP, übernahm im Mai 2019 den Sitz. Damit stellte die CVP neu die stärkste Gruppe im Ständerat. Sie erhielt in der Folge das Recht, in gleich drei Kommissionen ein zusätzliches Ratsmitglied zu entsenden. Damit stieg die politische Einflussnahme der CVP in den ständerätlichen Kommissionen.

Mit den Wahlen vom 20. Oktober 2019 hat sich die Zusammensetzung des Parlaments deutlich verändert. Da die vorberatenden Kommissionen die Stossrichtung für spätere Ratsentscheide vorgeben, wird sich weisen, inwiefern der Wechsel zur 51. Legislatur auch einen Politikwechsel mit sich bringt.

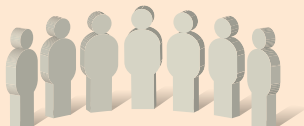
Am 20. Januar 2020 traf sich die neu zusammengesetzte Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats zur ersten Sitzung der neuen Legislatur.



Von der Idee bis zum Beschluss

WEG ZU EINEM NEUEM GESETZ

BUNDES-RAT UND VERWALTUNG



Postulat, Vernehmlassung, Botschaft

Mit einem **Postulat** verlangt die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats (KVF-N) im Februar 2009 vom Bundesrat einen Bericht, in welchem Alternativen zur aktuellen Empfangsgebühr für Radio und Fernsehen vorgestellt und bewertet werden sollen. Auslöser sind die zunehmenden Probleme, welche die Anknüpfung der Gebühr an das Radio- bzw. TV-Empfangsgerät bereitet. Nach Vorliegen des Berichts des Bundesrats verlangt die KVF-N vom Bundesrat die Ausarbeitung einer Vorlage für ein neues System der Empfangsgebühr..

Das zuständige **Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)** erarbeitet daraufhin eine entsprechende Gesetzesänderung und führt vom 9. Mai bis zum 29. August 2012 eine **Vernehmlassung** durch. Am 29. Mai 2013 verabschiedet der Bundesrat die **Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG)**.

Vorberatung, Vorlage (KVF)

Die Präsidien des National- und des Ständerats teilen das Geschäft dem Nationalrat als Erstrat zu. Die **KVF-N** führt die Vorberatung der Vorlage durch und lädt dazu die interessierten Kreise zu einer Anhörung ein. Mit 16 zu 6 Stimmen beschliesst sie, auf den Entwurf einzutreten. In der Detailberatung folgt die Kommission grösstenteils dem Entwurf des Bundesrats. Insbesondere spricht sie sich am 21. Oktober 2013 mit 14 zu 10 Stimmen gegen eine Abmelde-möglichkeit für Haushalte ohne Empfangsgerät (sogenanntes Opting-out) aus. In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage mit 14 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Kommission

1. Beratung

Der **Nationalrat** behandelt das Geschäft am 12. März 2014 in einer fast siebenstündigen Debatte. Die Frage, ob Haushalte ohne Empfangsmöglichkeiten von der Abgabe befreit werden können, führt zu einer breiten Diskussion. Als Mittelweg stimmt der Rat einem Minderheitsantrag aus der KVF-N zu, wonach Haushalte ohne Empfangsgeräte noch während fünf Jahren nach der Einführung der neuen Abgabe von dieser befreit werden können. Umstritten ist auch die Frage, ob Unternehmen künftig überhaupt eine Abgabe bezahlen müssen. Äusserst knapp (mit 93 zu 92 Stimmen) lehnt der Nationalrat einen Einzelantrag ab, der verlangt, dass die Gebühren für Unternehmen ganz gestrichen werden.

Differenzbereinigung

In der **Differenzbereinigung** wird das Geschäft erneut zunächst der Kommission des Nationalrats vorgelegt, die jetzt ausschliesslich die noch strittigen Bestimmungen berät. Mit 14 zu 9 Stimmen beantragt die **KVF-N** bei ihrem Rat, an der auf fünf Jahre befristeten Opting-out-Möglichkeit für Haushalte festzuhalten. In vier weiteren Punkten schwenkt die KVF-N hingegen auf die Linie des Ständerats ein.

Kommission

Vorberatung, Vorlage (KVF)

An ihrer Sitzung vom 1. April 2014 spricht sich die **KVF des Ständerats** oppositionslos für Eintreten auf die Vorlage aus. Was das vom Nationalrat ins Gesetz eingefügte auf fünf Jahre befristete Opting-out betrifft, beantragt die Kommission mit 12 zu 1 Stimmen, diese Bestimmung wieder zu streichen und damit dem Entwurf des Bundesrats zu folgen. In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage mit 10 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Kommission

1. Beratung

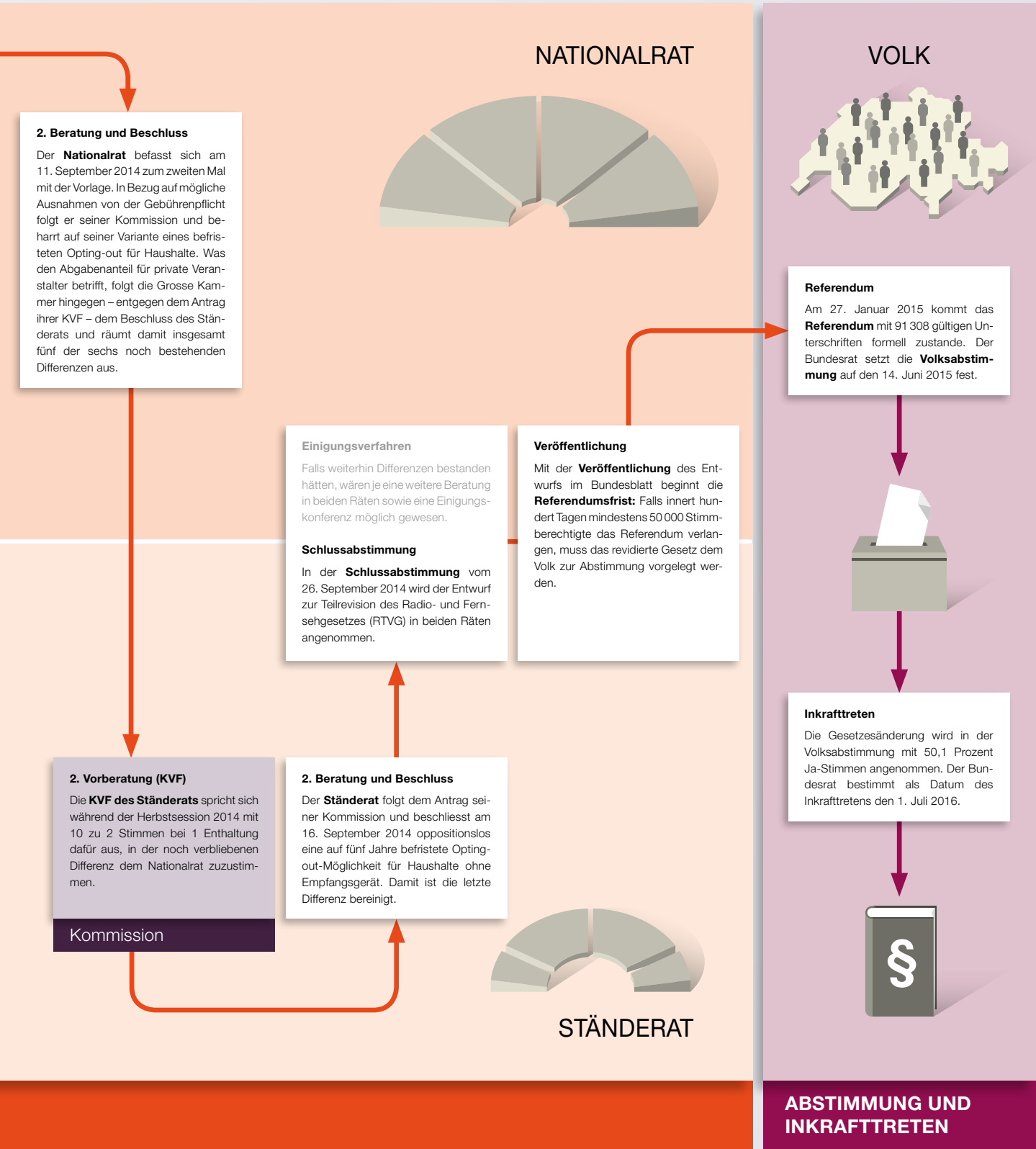
Der **Ständerat** tritt am 19. Juni 2014 einstimmig auf die Vorlage ein. Im Laufe der vierstündigen Debatte folgt die Kleine Kammer mehrheitlich dem Beschluss des Nationalrats, bringt aber dennoch einige Änderungen an. So folgt der Ständerat oppositionslos seiner vorberatenden Kommission und lehnt Ausnahmen von der Gebührenpflicht für Haushalte ab. Zudem fordert der Ständerat eine grössere Spanne des Abgabenteils für private Veranstalter. Er folgt mit 28 zu 14 Stimmen einer Kommissionsminderheit und legt den Anteil bei 4 bis 6 Prozent des Gesamtertrags der Radio- und Fernsehgebühr fest.

INITIIERUNG

PARLAMETARISCHE PHASE

Die Entstehung eines Gesetzes ist eine komplexe und oft langwierige Angelegenheit. Der Prozess dauert mindestens ein Jahr und kann im Extremfall mehr als zehn Jahre beanspruchen.

Im folgenden Beispiel ist die Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) dargestellt. Der Prozess beginnt 2009 und endet mit dem Inkrafttreten der Gesetzesänderung am 1. Juli 2016.



PARLAMENTSGEBÄUDE

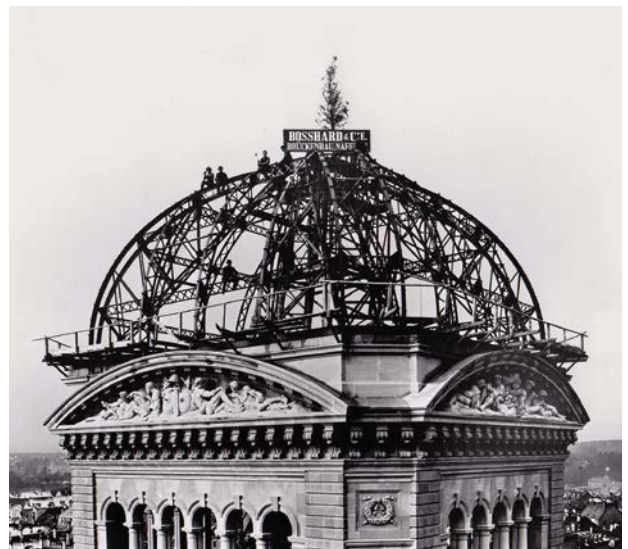
Bau in Etappen

Das Bundeshaus, Sitz des Parlaments und der Schweizer Regierung, gilt als eines der bedeutendsten historischen Bauwerke der Schweiz und umfasst drei Baukörper, die über Passerellen miteinander verbunden sind: das Bundeshaus West, das Parlamentsgebäude und das Bundeshaus Ost. Anders als in den meisten anderen Ländern mit Zweikammersystem beherbergt es beide Räte unter einem Dach.

Am 28. November 1848 entschied sich die Bundesversammlung im ersten Wahlgang für Bern als Bundesstadt und somit als Sitz der Bundesbehörden. Für die zentrale Unterbringung von Regierung, Parlament und Bundesverwaltung gab es in Bern noch kein geeignetes Gebäude, weshalb provisorische Lösungen erforderlich waren. Der Bundesrat erhielt den Erlacherhof an der Junkerngasse zur Verfügung gestellt, der Nationalrat versammelte sich im 1821 erbauten, «Casino» genannten Musiksaal und bei Bedarf im Berner Rathaus, während der Ständerat im Rathaus zum Äusseren Stand an der Zeughausgasse tagte. Bundesgericht und -verwaltung bezogen verschiedene Häuser in der Altstadt.

Im Februar 1849 erhielten die Stadtbehörden vom Bundesrat den Auftrag, einen geeigneten Standort für ein zentrales Gebäude ausfindig zu machen. Es sollte die Säle beider Parlamentskammern, Räume für den Bundesrat, 96 Büros und die Wohnung des Bundeskanzlers umfassen. Aus mehreren Vorschlägen entschied sich der Bundesrat für das Areal des städtischen Holzwerkhofs neben dem Casino. Der Gemeinderat schrieb am 8. April 1850 einen Architektenwettbewerb für das «Bundes-Rathaus» aus, das am Südrand der Altstadt und an der Oberkante des Abhangs hinunter zur Aare gebaut werden sollte.

1852 wurde mit dem Bau des heutigen Westflügels begonnen, der auch den National- und den Ständeratssaal aufnahm. Nach knapp fünfjähriger Bauzeit fand am 5. Juni 1857 die feierliche Übergabe statt. 1884 wurde der Westflügel durch den spiegelbildlichen Ostbau ergänzt.



Bau der Kuppel 1900, Einweihung des neuen Bundeshauses am 1. April 1902

Das 1894–1902 nach den Plänen des Architekten Hans Wilhelm Auer erbaute zentrale Parlamentsgebäude erweiterte die Anlage zum heute dreiteiligen zusammenhängenden Gebäudekomplex.

Das Parlamentsgebäude ist ein monumentales Repräsentationsbauwerk im Neorenaissancestil mit Portikus und markanter Kuppel. Die reiche künstlerische Ausstattung und die verwendeten Baumaterialien aus allen Landesteilen unterstreichen den Charakter des Parlamentsgebäudes als Nationaldenkmal der Schweiz und als «Bundespalast».

Die Absicht des Architekten war es, im Parlamentsgebäude die ganze Schweiz sinnbildlich entstehen zu lassen. Er entwarf dafür ein Bild- und Symbolprogramm, das drei Themen umfasste: die nationale Geschichte anhand von Gründungsmythen, die verfassungsmässigen Grundlagen und allgemeinen Staatstugenden und die kulturelle, politische, geografische und wirtschaftliche Vielfalt der Schweiz.

Wer im Bundeshaus ein- und ausgeht

Auch im Zeitalter von Chatrooms, Skype und Social Media braucht es einen Ort, an dem sich die Ratsmitglieder zu Sitzungen und Besprechungen, aber auch zu informellen Gesprächen zusammenfinden können. Das Bundeshaus ist zunächst einmal das «Sitzungszimmer der Nation»: Neben den eigentlichen Sessionen der beiden Räte in den beiden grössten Sälen finden in zahlreichen grösseren und kleineren Räumen pro Jahr rund 2000 Sitzungen statt. Daneben hat das Bundeshaus aber auch eine wichtige repräsentative und nicht zuletzt eine gesellschaftliche Funktion: Von seiner Architektur her will es eine Bühne für das politische Geschehen sein. Die Ratsverhandlungen sind öffentlich und ziehen ein grosses Publikum an. Politikerinnen und Politiker treffen sich mit Besuchergruppen aus ihrem Kanton, und in den reich ausgestatteten Räumen werden ausländische Delegationen empfangen. Wandelhalle und Restaurant erlauben Gespräche in kleinerem Rahmen, und im Parlamentsgebäude gibt es auch Arbeitsplätze für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Medien

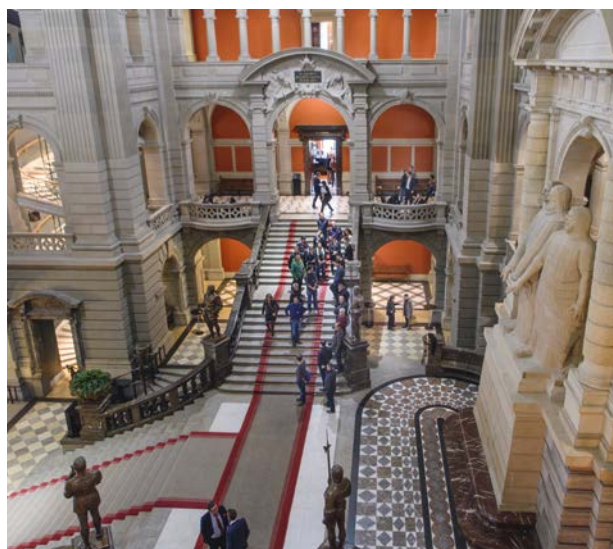
Wo Politik stattfindet, sind auch die Medien. Seit einiger Zeit befindet sich ein grosses, modern ausgestattetes Medienzentrum an der Bundesgasse, aber fast täglich sind Kamerateams auch im Bundeshaus selber unterwegs und laden Politikerinnen und Politiker zum Interview.

Lobbys

Im Bundeshaus verkehren auch Lobbyistinnen oder Lobbyisten, welche die Interessen von Verbänden, Unternehmen oder anderen Organisationen beim Parlament vertreten: Jedes Parlamentsmitglied hat das Recht, zwei Personen zu bestimmen, die als seine Gäste im Parlamentsgebäude ein- und ausgehen können.



Die Wandelhalle: Treffpunkt für letzte Absprachen



Die Kuppelhalle: Ort mit viel Symbolik

Exekutive

REGIERUNG



Bundesrat	42
Bundesverwaltung	44
Departemente	46
Bundeskanzlei	74



Die sieben Mitglieder des Bundesrats und der Bundeskanzler werden alle vier Jahre vom Parlament gewählt. Die letzten Gesamterneuerungswahlen fanden am 11. Dezember 2019 statt.

Ein Kollegium als Regierung

BUNDESRAT

Simonetta Sommaruga



Bundespräsidentin
Vorsteherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
Seit 2010 im Bundesrat

Parteizugehörigkeit:



Guy Parmelin



Vizepräsident des Bundesrats
Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Seit 2016 im Bundesrat
Parteizugehörigkeit:



Ueli Maurer



Vorsteher des Finanzdepartements
Seit 2009 im Bundesrat

Parteizugehörigkeit:



Alain Berset



Vorsteher des Departements des Innern
Seit 2012 im Bundesrat

Parteizugehörigkeit:



Ignazio Cassis



Vorsteher des Departements für auswärtige Angelegenheiten
Seit 2017 im Bundesrat

Parteizugehörigkeit:



Viola Amherd



Vorsteherin des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Seit 2019 im Bundesrat

Parteizugehörigkeit:



Karin Keller-Sutter



Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements
Seit 2019 im Bundesrat

Parteizugehörigkeit:



Walter Thurnherr



Bundeskanzler seit 2016

Parteizugehörigkeit:



Sieben gleichgestellte Mitglieder

Der Bundesrat ist die Regierung der Schweiz. Seine Mitglieder werden vom Parlament gewählt, für eine Amtszeit von vier Jahren. Die letzten Gesamterneuerungswahlen fanden am 11. Dezember 2019 statt, nach den Parlamentswahlen am 20. Oktober. Das Bundespräsidium wechselt jedes Jahr.

2020 ist Simonetta Sommaruga Bundespräsidentin: Sie ist den anderen Bundesratsmitgliedern gleichgestellt, leitet aber die Sitzungen und vertritt die Regierung gegen aussen. Der Bundeskanzler ist der Stabschef des Bundesrats, auch er wird vom Parlament gewählt.

Regieren und die Verwaltung führen

Der Bundesrat ist verantwortlich für die Regierungstätigkeit. Jedes Bundesratsmitglied steht einem Departement der Bundesverwaltung vor.

Der Bundesrat trifft sich jede Woche zu einer Sitzung. Besonders anspruchsvolle Dossiers vertieft er in Klausursitzungen. Pro Jahr entscheidet er über mehr als 2000 Geschäfte. Die sieben Departemente und die Bundeskanzlei unterstützen ihn bei deren Vorbereitung.

Für seine Regierungstätigkeit legt der Bundesrat Strategien und Ziele fest. Gestützt darauf bereitet er Gesetzesentwürfe vor. In Vernehmlassungsverfahren bezieht er die Meinung breiter Kreise der Bevölkerung und Wirtschaft ein. Anschliessend übergibt er die Vorlagen dem Parlament zur Beratung und zum Entscheid.

Mit dem Voranschlag (Budget) und der Staatsrechnung steuert der Bundesrat die Finanzen des Bundes. Die abschliessenden Entscheide dazu liegen auch hier beim Parlament.

Konsens und Kollegialität

Wie im Parlament soll es auch in der Regierung keine Machtkonzentration geben: Die Bundesrätinnen und Bundesräte gehören vier verschiedenen Parteien an. Vier Bundesratsmitglieder stammen aus der deutschen, zwei aus der französischen und eines aus der italienischen Schweiz. Der Bundesrat entscheidet als Kollegium: Die Mitglieder suchen nach einem Konsens, um ihre Politik mehrheitsfähig zu gestalten. Gegen aussen vertreten die Bundesrätinnen und Bundesräte die Position des Kollegiums, auch wenn sie persönlich oder ihre Partei anderer Meinung sind (Kollegialitätsprinzip).

Im Gegensatz zu ausländischen Systemen gibt es in der Schweiz keine klare Trennung zwischen Regierung und Opposition.

Informationspflicht

Der Bundesrat hat die Aufgabe, das Parlament, die Kantone und die Öffentlichkeit zu informieren. Und zwar nicht nur über seine Entscheide, sondern auch über seine Lagebeurteilungen, Planungen und Vorkehrungen. Dabei wird er von der Bundeskanzlei und vom Bundesratssprecher, Vizekanzler André Simonazzi, unterstützt.



Bundespräsidentin
Simonetta Sommaruga
und André Simonazzi
an einer Medienkonferenz

www.admin.ch/tv (Medienkonferenzen)

www.admin.ch/news (Medienmitteilungen)

Von der Einparteien- zur Vielparteienregierung

- 1848 bestand der Bundesrat aus sieben Freisinnigen (heute FDP.Die Liberalen). Sie regierten 43 Jahre lang allein.
- 1891 kam das erste Mitglied der Katholisch-Konservativen in die Regierung, 1919 das zweite (heute CVP).
- 1929 wählte die Vereinigte Bundesversammlung ein Mitglied der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei in den Bundesrat (heute SVP).
- 1943 wurde der erste Sozialdemokrat (SP) in die Regierung eingebunden, 1951 der zweite.
- 1959 vereinbarten die vier wählerstärksten Parteien die Bildung einer Regierung nach der «Zauberformel»: 2 FDP, 2 CVP, 2 SP, 1 SVP. Dieses Verhältnis blieb 44 Jahre lang unverändert.
- 2003 gewann die SVP bei den Bundesratswahlen einen Sitz auf Kosten der CVP.
- 2008 wechselten die beiden SVP-Vertreter zur neugegründeten Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP).
- 2009 wurde ein SVP-Vertreter an Stelle des zurückgetretenen BDP-Vertreters gewählt. Die Regierung bestand nun aus 2 FDP, 2 SP, 1 SVP, 1 BDP, 1 CVP.
- 2015 trat die BDP-Vertreterin zurück. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte an ihrer Stelle einen SVP-Vertreter. Seither setzt sich der Bundesrat wieder aus vier verschiedenen Parteien zusammen: 2 FDP, 2 SP, 2 SVP, 1 CVP.



Film «Der Bundesrat kurz erklärt»:
www.youtube.com > «Der Schweizerische Bundesrat»

Organisation

BUNDESVERWALTUNG





EFD Eidgenössisches Finanzdepartement Ueli Maurer Vorsteher	WBF Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung Guy Parmelin Vorsteher	UVEK Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation Simonetta Sommaruga Vorsteherin	BK Bundeskanzlei Walter Thurnherr Bundeskanzler
Generalsekretariat GS-EFD	Generalsekretariat GS-WBF	Generalsekretariat GS-UVEK	Eidgenössischer Daten- schutz- und Öffentlich- keitsbeauftragter EDÖB
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF	Staatssekretariat für Wirtschaft SECO	Bundesamt für Verkehr BAV	
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI	Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL	
Eidgenössisches Personalamt EPA	Bundesamt für Landwirtschaft BLW	Bundesamt für Energie BFE	
Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL	Bundesamt für Strassen ASTRA	
Eidgenössische Zollverwaltung EZV	Bundesamt für Wohnungswesen BWO	Bundesamt für Kommunikation BAKOM	
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation BIT	Bundesamt für Zivildienst ZIVI	Bundesamt für Umwelt BAFU	
Bundesamt für Bauten und Logistik BBL	Preisüberwachung PUE	Bundesamt für Raumentwicklung ARE	
Informatiksteuerungs- organ des Bundes ISB	Wettbewerbskommission WEKO	Eidgenössisches Nuklearsicherheits- inspektorat ENSI	
Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA	Bereich der Eidgenös- sischen Technischen Hochschulen ETH-Bereich		
Eidgenössische Finanzkontrolle EFK	Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB		
Pensionskasse des Bundes PUBLICA	Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse		

Die weiss unterlegten Organisationen sind weitgehend eigenständig.

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten

EDA

REGIERUNG

#Tech4Good

Switzerland, where innovation

Präsentation einer Solarstrom-Box am WEF in Davos:
Die Schweizer Innovation dient der humanitären Hilfe,
wenn nach einer Naturkatastrophe der Strom ausfällt.



Vorsteher des EDA ist Ignazio Cassis. Er ist seit 2017 im Bundesrat.

Vom Chalet in die weite Welt

Heimelige Chalets, vorbildliche Demokratie, wunderbare Landschaften mit einladenden Seen, eine starke Wirtschaft, fortschrittliche Bildung, Technologie und Forschung sowie ein zuverlässiger Verhandlungspartner: So wird unser Land im Ausland meist wahrgenommen.

Verantwortlich für die Wahrnehmung der Schweiz im Ausland ist das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Insgesamt beschäftigt das EDA rund 5500 Personen. So unterschiedlich die Vorbildung der einzelnen Mitarbeitenden, so breit ist auch das Tätigkeitsgebiet des EDA: Die Interessen und Werte der Schweiz weltweit zu vertreten, verlangt nach zahlreichen Fähigkeiten. Die Zentrale in Bern besteht aus acht Direktionen (s. nächste Seite), während das EDA rund um den Globus mit gut 170 Botschaften und Konsulaten präsent ist.

Kommunikation: integrales Element der Aussenpolitik

Die Verfassung verpflichtet

In der Schweizer Bundesverfassung heisst es, dass sich der Bund «zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und [...] zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker» einsetzt. Gute internationale Beziehungen sind dazu ein wegweisender Schlüssel. Die Besitzer dieser Schlüssel sind die zahlreichen

Mitarbeitenden des EDA, die an ihrem jeweiligen Einsatzort im Ausland die Schweiz vertreten.

In einer Welt, die durch Digitalisierung mitgeprägt wird, reicht dies alleine noch nicht aus, um die aussenpolitischen Ziele zu erreichen. Denn es geht unter anderem darum, neue Technologien und Kommunikationswege für die Aussenpolitik zu nutzen, den gesicherten internationalen Marktzugang zu erhalten sowie den bilateralen Weg mit unseren Partnern in Europa zu konsolidieren. Hierbei hilft eine gezielte und präzise Kommunikation, die unser Land und seine Leistungen im Ausland wie auch im Inland vermittelt und erklärt.


Verfügt die Schweiz auch weiterhin über ein positives Image, kann dies Entscheide im Ausland zu unseren Gunsten beeinflussen. Das EDA zeichnet somit dafür mitverantwortlich, dass das Schweizer «Chalet» international sein gutes Ansehen ausbauen kann und die Interessen und Werte der Schweiz Gewicht haben und verstanden werden.

REGIERUNG

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

Das EDA koordiniert und gestaltet im Auftrag des Bundesrats die Aussenpolitik, wahrt die Interessen des Landes und fördert Schweizer Werte. Es stützt sich dabei auf die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Universalität und Neutralität und setzt seine Aktivitäten im Geiste der Solidarität und Verantwortung um. Das EDA unterhält ein Netz von rund 170 Vertretungen und rund 200 Honorarvertretungen im Ausland.

Aufwand 2018	2,95 Mia. Fr.
Vollzeitstellen 2018	5499

www.eda.admin.ch

Generalsekretariat GS-EDA

www.eda.admin.ch

Das Generalsekretariat ist der Motor für den operativen Betrieb und die strategische Ausrichtung des Departements. Der Generalsekretär unterstützt und berät den Vorsteher EDA und koordiniert die Geschäfte für Parlament und Bundesrat. Im Weiteren ist das GS zuständig für die Förderung der Chancengleichheit im EDA und das Vertragswesen. Es koordiniert das Risikomanagement des EDA und stellt die Kommunikation nach innen und aussen sicher. Zum GS gehören auch die Interne Revision und Präsenz Schweiz (PRS).

Staatssekretariat

Das Staatssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Entwicklung und Planung der Aussenpolitik. Die Staatssekretärin ist zuständig für die Beziehungen der Schweiz zu anderen Staaten, zu internationalen Organisationen sowie für die Sicherheits-, Friedens-, Menschenrechts- und humanitäre Politik. Dem Staatssekretariat angegliedert sind das Protokoll und das Krisenmanagement-Zentrum (KMZ). Das Protokoll ist zuständig für Protokoll- und Zeremoniefragen, organisiert offizielle Besuche und verwaltet die Privilegien und Immunitäten des diplomatischen Korps. Das KMZ publiziert Reisehinweise (www.eda.admin.ch/reisehinweise) und koordiniert Massnahmen zur Prävention und Bewältigung von Krisen und Notlagen, die Schweizer Staatsangehörige im Ausland betreffen (bewaffnete Konflikte, politische Unruhen, Unfälle, Naturkatastrophen, Attentate oder Entführungen).

Politische Direktion PD

Die Politische Direktion beobachtet und analysiert die weltpolitische Lage und ist zuständig für die Wahrung der Interessen der Schweiz im Ausland. Ihr unterstehen neun politische Abteilungen sowie die Auslandvertretungen. Die geografischen Abteilungen sind für die bilateralen Beziehungen mit den Ländern der jeweiligen Region zuständig; die Abteilung Vereinte Nationen und internationale Organisationen ist zuständig für die Politik der Schweiz in diesen Organisationen; die Abteilung Menschliche Sicherheit befasst sich mit ziviler Friedensförderung, Menschenrechten, Migrationsaussenpolitik und humanitärer Politik; die Abteilung Sektorielle Aussenpolitiken mit Wirtschaft, Finanzen, Bildung, Wissenschaft, Verkehr, Raumfahrt, Nachhaltigkeit, Umwelt, Energie und Gesundheit und die Abteilung Sicherheitspolitik mit internationaler Sicherheit.

Direktion für europäische Angelegenheiten DEA

www.eda.admin.ch/europa

Die Direktion für europäische Angelegenheiten ist das Kompetenzzentrum des Bundes für alle europapolitischen Fragen. Sie leitet die Verhandlungen mit der EU in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachstellen, koordiniert die Schweizer Europapolitik, bereitet Entscheide des Bundesrats vor, beobachtet und analysiert die Entwicklung der EU, des Europarechts und deren Folgen für die Schweiz. Zudem hat die DEA den Auftrag, die Öffentlichkeit über die Europapolitik der Schweiz und die europäische Integration im Allgemeinen zu informieren.

Direktion für Völkerrecht DV

Die Direktion für Völkerrecht wahrt die Rechte und Interessen der Schweiz, die sich aus dem Völkerrecht ergeben. Sie wirkt bei internationalen Vertragsabschlüssen mit, befasst sich mit den rechtlichen Aspekten der schweizerischen Neutralität, mit den Menschenrechten und den Genfer Konventionen. Der DV angegliedert ist das Schweizerische Seeschiffahrtsamt.

Konsularische Direktion KD

Die Konsularische Direktion sorgt als «Guichet unique» und gemeinsam mit den Vertretungen für effiziente und kundenfreundliche konsularische Dienstleistungen weltweit. Sie nimmt innerhalb der Bundesverwaltung die Koordinationsrolle als zentrale Anlaufstelle für Auslandschweizerangelegenheiten wahr. Benötigten Schweizerinnen und Schweizer im Ausland Hilfe, übernimmt die KD die Koordination der Unterstützung. Die Helpline EDA (+41 (0)800 24-7-365) ist rund um die Uhr erreichbar und erteilt Auskünfte. Zudem organisiert die KD gemeinsam mit den Vertretungen die Visaerteilung im Ausland.

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

DEZA

www.eda.admin.ch/deza

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit ist zuständig für die Gesamtkoordination der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit sowie der humanitären Hilfe des Bundes. Sie bekämpft Armut in den Ländern des Südens und Ostens, unterstützt Opfer von Krisen und Konflikten und leistet mit dem Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) Not- und Wiederaufbauhilfe nach Naturkatastrophen und Gewaltkonflikten.

Direktion für Ressourcen DR

Die Direktion für Ressourcen bewirtschaftet und steuert den effizienten Mitteleinsatz des EDA: Personal, Finanzen und Informatik. Als Kompetenzzentrum für Ressourcenfragen des Departements erbringt die DR Dienstleistungen sowohl für die EDA-Zentrale in Bern als auch für das weltweite schweizerische Vertretungsnetz, das sie unterhält und betreibt. Der DR angegliedert ist die Bundesreisezentrale, sie ist das Kompetenzzentrum für Reiseangelegenheiten für die gesamte Bundesverwaltung.





Das EDI engagiert sich für die betreuenden Angehörigen, damit sie Beruf und Betreuung besser miteinander verbinden können.



Vorsteher des EDI ist Alain Berset. Er ist seit 2012 im Bundesrat.

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) kümmert sich um viele Themen, die den Alltag der Menschen in der Schweiz direkt beeinflussen: die Gesundheit, die Altersvorsorge und die Kultur. In diesen Bereichen stehen grosse gesellschaftliche Herausforderungen an.

Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem

Die Schweiz verfügt über ein leistungsfähiges und qualitativ hochstehendes Gesundheitssystem. Die wachsenden Kosten aufgrund der Fortschritte in der Medizin und der Alterung der Bevölkerung, die wachsende Zahl der chronisch Kranken und die mangelnde Transparenz des Systems sind die wichtigsten Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Der Bundesrat verfolgt das Ziel, die Qualität der Gesundheitsversorgung weiter zu verbessern und die Kosten im Griff zu behalten. Im Zentrum steht das Wohlbefinden der Menschen.

Altersvorsorge: Es braucht Reformen zur Sicherstellung des Rentenniveaus.

Reform der 1. und 2. Säule

Die höhere Lebenserwartung und der Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre (Babyboomer) ins Rentenalter setzen die Altersvorsorge unter Druck. Es braucht dringend eine Reform der 1. und

2. Säule, um die Finanzierung der AHV längerfristig zu garantieren und das heutige Rentenniveau zu erhalten.

Kulturelle Teilhabe ermöglichen

Die Kultur und das Kulturschaffen sind konfrontiert mit grossen Umwälzungen wie Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund verfolgt die Kulturpolitik das Ziel, die kulturelle Teilhabe zu erhöhen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer sprachlich und kulturell vielfältigen Gesellschaft zu stärken sowie die Kreativität und Innovationskraft zu fördern.

**Eidgenössisches Departement
des Innern EDI**

Das EDI ist «am Puls des Alltags». Die AHV und die zweite Säule oder die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, die Medikamentensicherheit, die Sicherheit von Lebensmitteln und die Tiergesundheit fallen in die Kompetenz des EDI. Die Kultur, die Familienpolitik, die Gleichstellung von Frau und Mann und von Menschen mit Behinderungen, der Kampf gegen Rassismus, die Statistik und auch die Wettervorhersagen sind weitere Bereiche, die zum EDI gehören.

Aufwand 2018	17,84 Mia. Fr.
Vollzeitstellen 2018	2448

www.edi.admin.ch

**Generalsekretariat** GS-EDI

www.edi.admin.ch

Das Generalsekretariat nimmt als Schaltstelle zwischen dem Departementsvorsteher und den Bundesämtern Planungs-, Koordinations-, Beratungs- und Kontrollaufgaben wahr. Dem Generalsekretariat angegliedert sind die Eidgenössische Stiftungsaufsicht, das Sekretariat der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, die Fachstelle für Rassismusbekämpfung und das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.

**Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung
von Frau und Mann EBG**

www.ebg.admin.ch

Das EBG ist zuständig für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter. Es engagiert sich insbesondere für die Lohngleichheit, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie in der Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Mittels Finanzhilfen unterstützt das EBG Projekte zur Förderung der Chancengleichheit von Frau und Mann im Erwerbsleben. Dem EBG angegliedert ist das Sekretariat der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen.

Bundesamt für Kultur BAK

www.bak.admin.ch

Das BAK formuliert die Kulturpolitik des Bundes. Es unterstützt das künstlerische Schaffen und die kulturellen Organisationen. Es sorgt für den Heimatschutz, die Denkmalpflege und die archäologischen Stätten sowie für die Förderung der verschiedenen Sprach- und Kulturgemeinschaften. Zum BAK gehören die Fachstellen Raubkunst und Kulturgütertransfer. Es verwaltet einige Museen und die Kunstsammlungen des Bundes. Die Schweizerische Nationalbibliothek, zu der das Schweizerische Literaturarchiv, die Schweizerische Nationalphonotheek in Lugano sowie das Centre Dürrenmatt Neuchâtel gehören, ist eine Institution des BAK.

Schweizerisches Bundesarchiv BAR

www.bar.admin.ch

Das BAR sichert und vermittelt Unterlagen des Bundes. Im Archiv befinden sich Originaldokumente zur Geschichte der Schweiz wie die Bundesverfassung, sämtliche Ausgaben der Filmwochenschau oder die Protokolle der Bundesratssitzungen. Die Unterlagen können online oder im Lesesaal konsultiert werden.

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie

MeteoSchweiz

www.meteoschweiz.admin.ch

MeteoSchweiz stellt als nationaler Wetter- und Klimadienst die Versorgung mit Wetter- und Klimainformationen sicher. Bodenmessstationen, Wetterradare, Satelliten, Radiosonden und andere Instrumente erfassen das Wetter. MeteoSchweiz ist zuständig für die Warnung vor Unwettern von Behörden und Bevölkerung und liefert Grunddaten zur Klimaänderung.

Bundesamt für Gesundheit BAG

www.bag.admin.ch

Das BAG ist – zusammen mit den Kantonen – zuständig für die öffentliche Gesundheit und für die Gesundheitspolitik. Dazu gehören auch die Betreuung und Entwicklung der sozialen Kranken- und Unfallversicherung sowie deren Aufsicht. Das BAG führt Präventionskampagnen und -programme zur Förderung der Gesundheit durch. Um das Schweizer Gesundheitswesen optimal auf die Herausforderungen der Zukunft auszurichten, setzt das BAG zusammen mit Partnern und im Auftrag des Bundesrats die Strategie «Gesundheit2030» um.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV

www.blv.admin.ch

Das BLV ist zuständig für die Lebensmittelsicherheit, die Ernährung, die Tiergesundheit sowie den Tierschutz und unterstützt die Kantone im Vollzug. Es kontrolliert den Import von Tieren und tierischen Erzeugnissen und ist Vollzugsbehörde des internationalen Artenschutzabkommens (CITES). Das BLV hat zur Aufgabe, die Schweizer Bevölkerung vor Täuschung und Gesundheitsgefährdung durch Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zu schützen. Dem BLV angegliedert ist das Institut für Virologie und Immunologie (IVI).

Bundesamt für Statistik BFS

www.bfs.admin.ch

Das BFS ist das Kompetenzzentrum der öffentlichen Statistik. Es erarbeitet statistische Informationen über Stand und Entwicklung in den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung, Forschung, Raum und Umwelt. Die Informationen dienen der öffentlichen Meinungsbildung und sind ein Instrument der Planung und Steuerung in zentralen politischen Bereichen.

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

www.bsv.admin.ch

Das BSV sorgt für ein funktionierendes Sozialversicherungssystem und passt dieses laufend an die immer neuen Herausforderungen an. Sein Zuständigkeitsbereich umfasst die Alters- und Hinterlassenenvorsorge (AHV), die Invalidenversicherung, die Ergänzungsleistungen, die berufliche Vorsorge (Pensionskassen), die Erwerbsersatzordnung für Militär- oder Zivildienstleistende und bei Mutterschaft sowie die Familienzulagen. Zudem ist es auf Bundesebene zuständig für die Themenfelder Familie, Kinder, Jugend und Alter, Generationenbeziehungen sowie für allgemeine sozialpolitische Fragen.

Schweizerisches Heilmittelinstitut Swissmedic

www.swissmedic.ch

Swissmedic ist die Schweizerische Zulassungs- und Aufsichtsbehörde für Arzneimittel und Medizinprodukte. Das Institut gewährleistet, dass in der Schweiz nur qualitativ hochstehende, sichere und wirksame Heilmittel erhältlich sind – ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier.

Schweizerisches Nationalmuseum SNM


www.nationalmuseum.ch

Das Landesmuseum Zürich ist das meistbesuchte kulturhistorische Museum der Schweiz und gehört zusammen mit dem Château de Prangins und dem Forum Schweizer Geschichte Schwyz zum Schweizerischen Nationalmuseum (SNM). Ebenfalls Teil der Museumsgruppe ist das Sammlungszentrum in Affoltern am Albis. Dort wird die landesweit grösste Sammlung zur Kulturgeschichte erforscht, gepflegt und aufbewahrt.

Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia

www.prohelvetia.ch

Pro Helvetia fördert das künstlerische Schaffen in der Schweiz, macht Schweizer Kunst und Kultur im In- und Ausland bekannt, pflegt den internationalen Kulturaustausch und setzt sich für die Kunstvermittlung ein. Als autonome Stiftung öffentlichen Rechts ergänzt sie die Kulturförderung von Kantonen und Gemeinden.



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

EJPD

REGIERUNG

Die Auswertung von DNA-Material erfordert höchste Konzentration. In der Schweiz gibt es sieben vom Bund anerkannte forensische DNA-Analyselabors.



Vorsteherin des EJPD ist Karin Keller-Sutter. Sie ist seit 2019 im Bundesrat.

Inländisches Arbeitskräftepotenzial fördern

Das Staatssekretariat für Migration (SEM), das zum EJPD gehört, regelt, unter welchen Bedingungen Personen in die Schweiz einreisen, hier leben und arbeiten dürfen – und es entscheidet, wer in der Schweiz Schutz vor Verfolgung erhält. Im Bereich der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte ist das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union (EU) zentral. Es sorgt nämlich dafür, dass Schweizer Unternehmen in den EU-Staaten dringend benötigte Fachkräfte unbürokratisch rekrutieren können. Gleichzeitig setzt sich das EJPD aber auch dafür ein, dass die Zuwanderung in die Schweiz nicht höher ausfällt, als es nötig ist. Es fördert deshalb das inländische Arbeitskräftepotenzial, indem es beispielsweise die Eingliederung von schwer vermittelbaren Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt finanziell unterstützt.

Neue rechtliche Instrumente für die Sicherheit der Schweiz

Sicherheit gewährleisten

Das EJPD stellt sicher, dass die Sicherheitsbehörden der Schweiz über die nötigen rechtlichen Instrumente verfügen, um die Sicherheit der Schweiz zu gewährleisten. So betreut das EJPD derzeit eine Gesetzesvorlage, die es ermöglichen soll, terroristische Gefährder nötigenfalls unter Hausarrest zu stellen. Weiter treibt es eine Gesetzesände-

rung voran, damit Staatsanwaltschaften und Polizei in ihren Ermittlungen neue Methoden der DNA-Analyse einsetzen können. Sie sollen aus einer DNA-Spur neu auch Informationen über äusserliche Merkmale wie die Haar-, Augen- oder Hautfarbe herauslesen dürfen. Das kann Ermittlungen vereinfachen: Der Kreis der Verdächtigen – und der Unschuldigen – wird unter Umständen rascher klar.

Zeitgemässe Dienstleistungen

Immer mehr Geschäftsprozesse verlagern sich in die digitale Welt. Deshalb bietet das EJPD seit einigen Jahren Dienstleistungen online an, beispielsweise für den Strafregisterauszug oder für die Bestellung eines Passes. Mit dem Projekt eSchKG hat das EJPD zudem das Betreibungswesen revolutioniert. Ein grosser Schritt steht auch mit dem Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz) an. Dieses Gesetz bringt klare Regeln für die Identifikation im Internet und stellt so sicher, dass sich Nutzerinnen und Nutzer im Internet noch einfacher und sicherer bewegen können.


REGIERUNG

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

Das EJPD ist thematisch breit gefächert. Es befasst sich mit gesellschaftspolitischen Themen wie etwa dem Zusammenleben von Menschen schweizerischer oder ausländischer Nationalität, mit Asylfragen oder mit der Bekämpfung von Kriminalität. Ferner gehören zum Beispiel auch das Zivilstandswesen und die Aufsicht über Glücksspiele zum Aufgabenkreis des EJPD.

Aufwand 2018	2,88 Mia. Fr.
Vollzeitstellen 2017	2529

www.ejpd.admin.ch



Generalsekretariat GS-EJPD
www.ejpd.admin.ch

Das GS unterstützt und berät die Departementsvorsteherin in ihrer täglichen Arbeit und sorgt für das Zusammenspiel der verschiedenen Teile des Departements. Es steuert zudem das Personal- und Finanzwesen. Im GS angesiedelt ist auch das Informatik Service Center ISC-EJPD, das Informatikanwendungen für Justiz, Polizei und Migrationsbehörden in der ganzen Schweiz entwickelt und betreibt.

**Dienst Überwachung Post- und
Fernmeldeverkehr Dienst ÜPF**
www.li.admin.ch

Der Dienst ÜPF führt auf Anordnung der Strafverfolgungsbehörden oder des Nachrichtendienstes und nach richterlicher Genehmigung Überwachungen des Post- und Fernmeldeverkehrs aus. Er wacht zudem über die rechtskonforme und rechtsstaatliche Umsetzung der Überwachungsmassnahmen.

Staatssekretariat für Migration SEM
www.sem.admin.ch

Das SEM regelt, unter welchen Bedingungen jemand in die Schweiz einreisen, hier leben und arbeiten darf. Es entscheidet, wer Schutz vor Verfolgung erhält. Gemeinsam mit den Kantonen organisiert das SEM die Unterbringung der Asylsuchenden und die Rückkehr der Personen, die keinen Schutz der Schweiz benötigen. Zudem koordiniert es die Integrationsarbeit, ist auf Bundesebene für die Einbürgerungen zuständig und engagiert sich auf internationaler Ebene für die Steuerung der Migrationsbewegungen.

Bundesamt für Justiz BJ
www.bj.admin.ch

Das BJ erarbeitet Erlasse im Zivil- und Strafrecht und im Staats- und Verwaltungsrecht. Es berät die Bundesverwaltung bei allen Rechtsetzungsgeschäften und übt in diversen Bereichen die Oberaufsicht aus. Das BJ führt das Schweizerische Strafregister und arbeitet auf dem Gebiet der Rechtshilfe mit ausländischen Behörden zusammen. International vertritt es die Schweiz vor den Strassburger Menschenrechtsorganen und in anderen Organisationen. Ausserdem entscheidet es über die Solidaritätsbeiträge an Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen.

Bundesamt für Polizei fedpol
www.fedpol.admin.ch

fedpol steuert die nationale und internationale Polizeizusammenarbeit der Schweiz und ermittelt in Strafverfahren des Bundes gegen Schwerstkriminalität. Es schützt Personen und Gebäude in der Verantwortung des Bundes und betreibt nationale Informationssysteme und Kompetenzzentren. Im Fokus stehen der Kampf gegen Terrorismus, Cybercrime, Geldwäscherei und das organisierte Verbrechen. Als Polizei des Bundes steht fedpol in engem Kontakt mit Partnern in der Schweiz, in Europa und der ganzen Welt.

56 Der Bund kurz erklärt 2019 | Regierung | EJPD

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum

IGE

www.ige.ch

Das IGE ist das Kompetenzzentrum des Bundes für alle Fragen zu Marken, Patenten, Herkunftsbezeichnungen, Designschutz und Urheberrecht. Es bereitet in diesen Gebieten die Gesetzgebung vor und vertritt die Schweiz in internationalen Organisationen und gegenüber Drittstaaten. Einzelpersonen und Unternehmen lassen beim IGE ihre Innovationen und Kreationen gegen Nachahmer schützen

Eidgenössisches Institut für Metrologie METAS

www.metas.ch

Das METAS schafft mit seinen Dienstleistungen die Voraussetzungen dafür, dass in der Schweiz mit der Genauigkeit gemessen und geprüft werden kann, die für Wirtschaft, Forschung und Verwaltung erforderlich ist. Weiter hat es sicherzustellen, dass die zum Schutz von Mensch und Umwelt notwendigen Messungen richtig und rechtskonform durchgeführt werden.

Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung

SIR

www.isdc.ch

Das SIR ist eine unabhängige Anstalt des Bundes. Seine Hauptaufgabe besteht darin, Gerichten, Verwaltungsbehörden sowie gemeinnützigen und internationalen Organisationen in objektiver Weise das ausländische und internationale Recht zugänglich zu machen. Das Institut betreibt rechtsvergleichende Forschung zu ausgewählten und aktuellen Themen, dies unter Einbezug des Völkerrechts.

Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB

www.rab-asr.ch

Die RAB überwacht als unabhängige Aufsichtsbehörde des Bundes die Revisionsbranche. In dieser Funktion ist sie zuständig für die Zulassung von Personen und Unternehmen, die gesetzliche Revisionsdienstleistungen erbringen, und beaufsichtigt die Revisionsstellen und Prüfgesellschaften des öffentlichen Interesses. Die RAB trägt mit ihrer Tätigkeit zum Schutz der Investoren und aller anderen Adressaten von Revisionsberichten und somit zur Verlässlichkeit der Finanzberichterstattung bei.

Eidgenössische Spielbankenkommission ESBK

www.esbk.admin.ch

Die ESBK behandelt Konzessionsgesuche für die landbasierten und die online durchgeführten Geldspiele. Sie sorgt für die Einhaltung der spielbankenrechtlichen Vorschriften, insbesondere in Bezug auf den sicheren und transparenten Betrieb der Spiele, sowie für die Einhaltung der Vorschriften über die Bekämpfung der Geldwäscherei. Zudem überwacht die ESBK die Umsetzung des Sicherheits- und des Sozialkonzepts der Spielbanken, verfolgt das illegale Geldspiel und erhebt die Spielbankenabgabe.

Eidgenössische Migrationskommission EKM

www.ekm.admin.ch

Die EKM ist eine ausserparlamentarische Kommission. Sie berät Bundesrat und Verwaltung in Migrationsfragen, fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die Unterstützung von Projekten und publiziert Studien und Empfehlungen zur Migrationspolitik.

Eidgenössische Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten ESchK

www.eschk.admin.ch

Wer Musik sendet, öffentlich aufführt oder damit Tonträger produziert, kann die Urheber und die ausübenden Künstler über Tarife entschädigen, die zwischen den Verwertungsgesellschaften und den Nutzerorganisationen ausgehandelt werden. Solche Tarife sind auch für Nutzungen von literarischen und audiovisuellen Werken vorgesehen. Die Kommission hat die Aufgabe, diese Tarife zu prüfen und zu genehmigen.

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter

NKVF

www.nkvf.admin.ch

Die NKVF überprüft im Rahmen ihres gesetzlichen Kontrollauftrags die Einhaltung grundrechtlicher Mindestgarantien und besucht in regelmässigen Abständen sämtliche Einrichtungen des Freiheitsentzugs. Sie leistet damit einen Beitrag zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport

VBS

REGIERUNG

Nach der Ära der F/A-18 (hier ein Jet über Luzern) werden die neuen Kampfflugzeuge die Bevölkerung vor Angriffen aus der Luft schützen. Die Finanzierung läuft über das Armeebudget.



Chefin VBS ist Viola Amherd.
Sie ist seit 2019 im Bundesrat.

Die Schweiz braucht eine starke Armee

Die Armee ist die mit Abstand grösste Organisation, die sich um die Sicherheit der Schweiz kümmert. Sie wird nicht nur im Falle eines Krieges eingesetzt. Sondern auch dann, wenn eine Überschwemmung ein Dorf zerstört oder wenn – im Alltag – ein unbekanntes Flugzeug kontrolliert werden muss. Hinzu kommen die Bedrohungen im Cyberraum.

Damit die Armee diese Aufgaben erfüllen kann, muss sie sich dauernd auf neue Bedrohungen ausrichten. Das ist auch das Ziel des Reformprojekts «Weiterentwicklung der Armee», dessen Umsetzung bis Ende 2022 läuft: Die Armee soll rascher einsetzbar, besser ausgebildet, moderner ausgerüstet und regional besser verankert werden.

Das VBS schützt und bewegt die Schweiz.

Neue Kampfflugzeuge: höchste Priorität

Höchste Priorität hat 2020 die Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums, das Programm Air2030. Die heutigen Kampfflugzeuge können wir nur noch bis 2030 einsetzen. Die neuen, modernen Kampfflugzeuge werden die Bevölkerung die nächsten 30 Jahre lang vor Luftangriffen schützen. Die Finanzierung ist sichergestellt: Die Kampfflugzeuge werden über das ordentliche Budget der Armee finanziert. Somit können sich die anderen Bereiche des Bundeshaushalts angemessen entwickeln. Bundesrat und Parla-

ment wollen die Bevölkerung in den Entscheid einbeziehen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben die Möglichkeit, mit einem Referendum über die grundsätzliche Frage zu entscheiden, ob für 6 Milliarden Franken neue Kampfflugzeuge beschafft werden sollen. Über die konkrete Beschaffung entscheiden in der Folge Bundesrat und Parlament.

Umweltschutz stärken, Sportförderung ausbauen

Die Armee trägt eine grosse Verantwortung. Sie nimmt diese auch beim Umweltschutz wahr. Das VBS will hier ein Vorbilddepartement werden. In Zukunft sollen zum Beispiel die Armeegebäude systematisch mit Solarzellen bestückt werden.

Dabei ist klar: Der Schutz der Bevölkerung bleibt die Hauptaufgabe. Das VBS schützt die Schweiz – mit dem Bundesamt für Sport bewegt es die Schweiz aber auch. Der Bundesrat will die Sportförderung weiter ausbauen. Auch hier laufen in diesem Jahr wegweisende Arbeiten, unter anderem für die weitere Unterstützung von neuen Sportanlagen oder zusätzlichen Beiträgen an Schulsportlager.


REGIERUNG

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Die Verantwortung für die Sicherheit der Schweiz liegt beim Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Die Armee verteidigt das Land und seine Bevölkerung, unterstützt die zivilen Behörden und fördert den Frieden im internationalen Rahmen, während der Bevölkerungsschutz zum Schutz vor den Auswirkungen von Katastrophen beiträgt. Zudem versorgt das VBS die Armee sowie Dritte mit Systemen, Fahrzeugen, Material und Immobilien, stellt den zivilen Nachrichtendienst des Bundes sicher, fördert den Sport und seine Werte und führt eine moderne Landesvermessung durch.

Aufwand 2018	7,06 Mia. Fr.
Vollzeitstellen 2018	11 596

www.vbs.admin.ch



Generalsekretariat GS-VBS
www.gs-vbs.admin.ch

Das Generalsekretariat unterstützt die Chefin VBS als Mitglied des Bundesrats und bei der Leitung des Departements. Es setzt die strategischen Ziele des Bundesrats und der Departementschefin um, formuliert die entsprechenden politischen Vorgaben und koordiniert deren Umsetzung durch die Gruppen oder Ämter des VBS. Das GS-VBS steuert, koordiniert und überwacht den Einsatz der Mittel des Departements und ist im Departement für das Schadenzentrum, die Integrale Sicherheit und die Strategie Cyber-Defence verantwortlich. Administrativ zugeordnete Stellen sind: das Oberauditorat, die unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und die Geschäftsstelle Delegierter Sicherheitsverbund Schweiz.

Oberauditorat OA
www.oa.admin.ch

Das Oberauditorat sorgt dafür, dass die Strafbehörden der Militärjustiz – unabhängig von Armeeführung und Verwaltung – ihre Aufgabe erfüllen können. Es leitet in die Zuständigkeit der Militärjustiz fallende Strafverfahren ein, überwacht diese und nimmt alle weiteren ihm vom Gesetzgeber zugewiesenen prozessualen Rechte und Pflichten wahr.

Nachrichtendienst des Bundes NDB
www.ndb.admin.ch

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) bekämpft Terrorismus, gewalttätigen Extremismus, Spionage, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen. Er verfolgt die strategischen Entwicklungen, beurteilt die Bedrohungslage zuhanden der politischen Entscheidungsträger und alarmiert bei sich abzeichnenden Krisen bzw. aussergewöhnlichen Veränderungen. Der Dienst wird von verschiedenen Organen der Verwaltung und des Parlaments kontrolliert.

Gruppe Verteidigung

www.armee.ch

Die Gruppe Verteidigung wird vom Chef der Armee im Rang eines Korpskommandanten geführt. Der Armeestab stellt die Entwicklung, Planung, Ressourcenzuteilung sowie die Steuerung der Armee sicher. Das Kommando Operationen plant und steuert die Bereitschaft der Truppe und die Einsätze. Dabei kann es sich um die Sicherheit für das World Economic Forum WEF in Davos, Friedensförderung oder Katastrophenhilfe bei Lawinen, Überschwemmungen oder Waldbränden im In- und Ausland handeln. Der Chef des Kommandos Ausbildung trägt die Gesamtverantwortung für die Ausbildung der Boden- und Luftformationen. Zum Kommando Ausbildung gehört auch die Höhere Kaderaus- und Weiterbildung der Milizoffiziere und des Berufsmilitärs sicherstellt. Die Logistikkbasis der Armee garantiert den gesamten Nach- und Rückschub von Waffen, Material und Lebensmitteln sowie Instandhaltung und Infrastruktur. Zu ihr gehören auch die Sanitäts- und die Transporttruppen. Die Führungsunterstützungsbasis der Armee stellt alle notwendigen elektronischen Unterstützungsleistungen zur Verfügung.

Bundesamt für Rüstung armasuisse

www.armasuisse.ch

Das Bundesamt für Rüstung armasuisse ist das Kompetenzzentrum für Beschaffung, Technologie und Immobilien des VBS. Es stellt die Versorgung der Armee sowie Dritter mit Systemen, Fahrzeugen, Flugzeugen und Helikoptern, Material und Immobilien sicher. Es bewirtschaftet nachhaltig rund 7500 Gebäude und Anlagen sowie 24 000 Hektaren Land des VBS. Da armasuisse Waffen, Geräte und Immobilien über die gesamte Lebensdauer begleitet, ist sie auch für deren Liquidation nach Ende der Nutzung verantwortlich.

Bundesamt für Landestopografie swisstopo

www.swisstopo.ch

Raumbezogene Informationen in Form von Karten, Bildern und Daten, sei es über oder unter der Erdoberfläche, sind ein zentrales Element der Infrastruktur jedes Landes. Transparente und nachvollziehbare Entscheidungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, aber auch im Privatleben, sind ohne Kenntnisse des Raums nicht mehr denkbar. Das Bundesamt für Landestopografie swisstopo sorgt für eine zuverlässige und nachhaltige Dokumentation der Landschaft und des Untergrunds. Es koordiniert die Geoinformation auf Bundesstufe und mit den Kantonen, hat die Oberaufsicht über die amtliche Vermessung, führt das militärgeografische Institut und betreibt das Geportal des Bundes mit dem Kartenviewer map.geo.admin.ch.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS

www.babs.admin.ch

Bei Katastrophen und Notlagen stellt der Bevölkerungsschutz die Zusammenarbeit der fünf Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz sicher. Zuständig sind weitgehend die Kantone. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) sorgt für Grundlagen und Koordination, etwa in den Bereichen Warnung und Alarmierung, Ausbildung oder Schutzinfrastruktur. Auf Alertswiss (Website und App) fliessen die relevanten Informationen bei Ereignissen in der Schweiz zusammen. Zum BABS gehören die Nationale Alarmzentrale (NAZ) und das Labor Spiez. Bei Ereignissen mit erhöhter Radioaktivität alarmiert die NAZ die Bevölkerung und ordnet – wenn nötig – Schutzmassnahmen an. Das Labor Spiez ist das eidgenössische Institut für ABC-Schutz. Seine Dienste werden auch immer wieder international beansprucht.

Bundesamt für Sport BASPO

www.baspo.ch

Das Bundesamt für Sport (BASPO) fördert Sport und Bewegung für alle. Das BASPO führt mit Jugend+Sport das bedeutendste Sportförderwerk des Bundes und mit der Eidgenössischen Hochschule für Sport Magglingen EHSM eine renommierte Bildungs- und Forschungsstätte. Die Sportzentren in Magglingen und Tenero bieten moderne Trainings- und Schulungsanlagen für Verbände, Schulen und Vereine.





Der Schutz vor Cyberrisiken wird Chefsache: Florian Schütz, der Delegierte des Bundes für Cybersicherheit, ist direkt dem Vorsteher EFD unterstellt.



Vorsteher des EFD ist Ueli Maurer. Er ist seit 2009 im Bundesrat. 2019 ist er Bundespräsident.

Den Cyberkriminellen das Handwerk legen

Cyberangriffe auf IT-Infrastrukturen gehören heute leider zum Alltag. Um sich Ärger und Kosten zu ersparen, die mit solchen Attacken unweigerlich zusammenhängen, sind zunächst alle Unternehmen und die privaten Nutzer in ihrer Eigenverantwortung gefordert. Aber auch der Staat will sich in diesem Bereich stärker engagieren, um die Bevölkerung und die Wirtschaft beim Schutz vor Cyberrisiken zu unterstützen. Künftig werden beim Bund im Nationalen Zentrum für Cybersicherheit alle Fäden zusammenlaufen. Dieses wird geleitet vom Delegierten des Bundes für Cybersicherheit, der direkt dem Vorsteher des EFD unterstellt ist. Das Nationale Zentrum für Cybersicherheit bündelt das vorhandene Expertenwissen und ist Anlaufstelle für Private, Behörden, Wirtschaft und Hochschulen.

Cybersicherheit – eine Herausforderung für Private und den Staat

Internationale Regeln zur Steuertransparenz umsetzen

Im Herbst 2018 hat die Schweiz begonnen, mit verschiedenen Partnerstaaten Steuerinformationen auszutauschen. Mit dem sogenannten Automatischen Informationsaustausch (AIA) soll die Steuertransparenz verbessert und damit die grenzüberschreitende Steuerhinterziehung verhindert werden. Aktuell haben sich über 100 Staaten – darunter alle wichtigen Finanzzentren – verpflichtet, den

AIA umzusetzen. Der Bundesrat überprüft regelmässig, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des internationalen AIA-Standards einhalten. Damit wird sichergestellt, dass die Schweiz keine Daten an Länder übermittelt, welche die international vereinbarten Anforderungen bezüglich Vertraulichkeit und Sicherheit der ausgetauschten Daten nicht erfüllen oder verletzen.

Zu den Finanzen Sorge tragen

Der Bundeshaushalt mit einem Volumen von mittlerweile 75 Milliarden Franken steht aktuell auf einer soliden Basis. Die in den vergangenen Jahren erzielten Überschüsse konnten für den Schuldenabbau verwendet werden. So wurde die Schuldenlast seit dem Höchststand 2005 von 130 auf 99 Milliarden reduziert, und es konnten Zinsausgaben in beträchtlicher Höhe eingespart werden. Aber die Finanzpolitik muss vor allem vorwärts schauen: Es bleibt angesichts zahlreicher Grossvorhaben eine Herausforderung, den Haushalt im Gleichgewicht zu halten. Bundesrat und Parlament sind weiterhin gefordert, die Ausgaben- disziplin zu wahren.

REGIERUNG

Eidgenössisches Finanzdepartement
EFD

Das Eidgenössische Finanzdepartement nimmt Steuern und Zölle ein und kontrolliert den Personen- und Warenverkehr an der Grenze. Es erbringt auch Dienstleistungen für die gesamte Bundesverwaltung, von der Informatik über das Personalwesen bis hin zur Infrastruktur. Mit seiner Steuer- und Finanzpolitik gewährleistet es die Leistungsfähigkeit der Eidgenossenschaft und des Wirtschaftsstandorts.


Aufwand 2018

15,45 Mia. Fr.

Vollzeitstellen 2018

8701

www.efd.admin.ch



Generalsekretariat GS-EFD
www.efd.admin.ch

Das GS ist die Schaltstelle zwischen dem Departementschef und den Bundesämtern, zwischen Kantonen, Medienschaffenden und Kommunikationsverantwortlichen. Es plant und koordiniert die EFD-Geschäfte für Parlament und Bundesrat. Es informiert die Öffentlichkeit über alle Bundesrats- und Departementsgeschäfte.

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
www.sif.admin.ch

Das SIF vertritt die Interessen der Schweiz in Finanz-, Währungs- und Steuerfragen gegenüber Partnerländern und in internationalen Gremien. Es engagiert sich für gute Rahmenbedingungen, damit die Schweiz über einen sicheren, wettbewerbsfähigen und weltweit anerkannten Finanz- und Unternehmensstandort verfügt. Das SIF ist zudem zuständig für die Umsetzung der Finanzmarktpolitik des Bundesrats.

Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
www.efv.admin.ch

Die EFV ist die Hüterin der Bundeskasse und stellt die Zahlungsbereitschaft des Bundes sicher. Sie erarbeitet Budget, Finanzplan und Rechnung des Bundes. Basis für eine solide Finanzpolitik bilden die Schuldenbremse, ein kritischer Blick auf das Finanzgebaren der Departemente und die Berücksichtigung der Wirtschaftslage.

Eidgenössisches Personalamt EPA
www.epa.admin.ch

Der Bund steht als Arbeitgeber in hartem Wettbewerb mit anderen Unternehmen. Das EPA ist verantwortlich für die Personal- und Vorsorgepolitik des Bundes. Es sorgt dafür, dass die Bundesverwaltung eine konkurrenzfähige Arbeitgeberin bleibt.

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
www.estv.admin.ch

Die ESTV erhebt den Grossteil der Bundeseinnahmen und schafft damit die Voraussetzung, dass der Bund die ihm zugewiesenen Aufgaben wahrnehmen kann. Dafür zieht sie die Mehrwertsteuer, die direkte Bundessteuer, die Verrechnungssteuer, die Stempelabgaben und die Wehrpflicht-Ersatzabgabe ein. Zudem leistet sie internationale Amtshilfe in Steuerfragen.

64

Der Bund kurz erklärt 2019 | Regierung | EFD

Eidgenössische Zollverwaltung EZV

www.ezv.admin.ch

Die EZV sorgt für einen möglichst reibungslosen grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehr. Für den Warenverkehr sind die zivilen Zollfachleute zuständig. Der uniformierte und bewaffnete Teil der EZV, das Grenzwachtkorps, übernimmt Sicherheits-, Zoll- und Migrationsaufgaben. Der Zoll erhebt auch Mehrwert-, Mineralöl- und Tabaksteuer. Anfang 2018 wurde die Eidgenössische Alkoholverwaltung in die EZV integriert. Innerhalb der EZV ist nun die Abteilung Alkohol und Tabak für den Vollzug der Alkoholgesetzgebung zuständig.

Bundesamt für Informatik und Telekommunikation BIT

www.bit.admin.ch

Als IT-Kompetenzzentrum des Bundes unterstützt das BIT die Geschäftsprozesse in der Bundesverwaltung und sorgt für eine funktionierende Telekommunikation zwischen allen Bundesstellen im In- und Ausland. In der elektronischen Vernetzung des Bundes mit der Öffentlichkeit spielt es eine zentrale Rolle.

Bundesamt für Bauten und Logistik BBL

www.bbl.admin.ch

Das BBL baut, unterhält und verwaltet die zivilen Liegenschaften des Bundes. Dazu gehören das Bundeshaus, Verwaltungsgebäude und Schweizer Botschaften im Ausland. Als zentrale Beschaffungsstelle kauft es für die gesamte Bundesverwaltung Informatikmittel, Büroausrüstungsartikel und Publikationen ein.

Informatiksteuerungsorgan des Bundes ISB

www.isb.admin.ch

Das ISB sorgt für die Umsetzung der Strategie zur Informations- und Kommunikationstechnik in der Bundesverwaltung. Es koordiniert zudem die Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz mit Bund, Kantonen und Gemeinden und führt die Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI).

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA

www.finma.ch

Für die Überwachung der Finanzbranche braucht es eine starke, kompetente und unabhängige Aufsicht: die FINMA. Sie setzt sich für den Schutz der Gläubiger, Anleger und Versicherten ein und überwacht die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte. Sie beaufsichtigt Banken, Versicherungen, Börsen und bewilligungspflichtige Fonds.

Eidgenössische Finanzkontrolle EFK

www.efk.admin.ch

Die EFK ist das oberste Finanzaufsichtsorgan des Bundes. Sie ist unabhängig und prüft das Finanzgebaren der Bundesverwaltung und der Gerichte sowie zahlreicher halbstaatlicher Organisationen. Die Staatsrechnung des Bundes unterzieht sie einer jährlichen Kontrolle. Ihr Ziel ist die sparsame und effektive Verwendung der Steuergelder.

Pensionskasse des Bundes PUBLICA

www.publica.ch

Als nicht gewinnorientierte Sammeleinrichtung der beruflichen Vorsorge bewirtschaftet PUBLICA ein Gesamtvermögen von aktuell rund 38 Milliarden Schweizer Franken. Mit 64'000 Versicherten und 42'000 Rentenbeziehenden zählt sie zu den grössten Pensionskassen der Schweiz.

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung

WBF

REGIERUNG

Ein Zivildienstpflichtiger unterstützt einen Mitarbeiter
des WSL-Instituts für Schnee- und Lawinenforschung SLF
bei der Wartung einer automatischen Messstation in
Davos.



Vorsteher des WBF ist Guy Parmelin. Er ist seit 2016 im Bundesrat.

Bereit für die digitale Welt

Durch das Vernetzen von Daten entstehen heute ganz neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle. Diese digitale Transformation bestimmt aber nicht nur die operative Ebene, sondern auch die menschliche. Unternehmen müssen sich neu organisieren und oft auch umstrukturieren. Für Mitarbeitende und Belegschaften ändern sich die Arbeitsweisen und die Formen der Zusammenarbeit. Sie müssen den Transformationsprozess mittragen, wenn dieser erfolgreich sein soll. Deshalb ist es unerlässlich, dass sie in den Wandlungsprozess eingebunden werden. Mehr noch, sie müssen mit Aus- und Weiterbildungen auf die künftigen Herausforderungen vorbereitet werden. Zahlreiche Berufsprofile verändern sich, andere entstehen erst. Die Kantone, der Bund und die Wirtschaft definieren gemeinsam die neuen Profile und setzen diese um.

Mit Aus- und Weiterbildung fit für den Transformationsprozess

Beruf und Berufung im Wettstreit

Die Arbeitswelt wird mit der Digitalisierung neu aufgestellt. Wenn man bis vor wenigen Jahren einen Beruf erlernte, dann bestimmte dieser oft die ganze berufliche Karriere. Dem ist heute nicht mehr so. Auf die Erstausbildung folgt im Abstand von ein paar Jahren immer häufiger eine Zweitausbildung, manchmal später auch noch eine weitere «Berufung», weil man klarer sieht, wohin der Weg führen soll. ►

Der Bund kurz erklärt 2019 | Regierung | WBF

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL
www.bwl.admin.ch

Als Plattform für Fragen der Versorgungssicherheit sorgt das BWL in enger Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, Partnerämtern und den Kantonen dafür, dass kurzfristige, schwere Versorgungsengpässe bei lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen keine erheblichen Auswirkungen auf Bevölkerung und Wirtschaft unseres Landes haben.

Bundesamt für Wohnungswesen BWO
www.bwo.admin.ch

Wohnen ist ein Grundbedürfnis – und Wohnungen sind ein wichtiges Wirtschaftsgut. Das BWO fördert einen für Investitionen attraktiven Wohnungsmarkt, der in allen Preisklassen genügend Wohnraum bereitstellt. Mit Finanzhilfen unterstützt das BWO gezielt den gemeinnützigen Wohnungsbau. Im Mietrecht sind die Interessen von Vermieter- und Mieterschaft in Einklang zu bringen.

Bundesamt für Zivildienst ZIVI
www.zivi.admin.ch

Das ZIVI ist zuständig für alle Belange des Zivildienstes. Der Zivildienst löst als Dienstpflichtform das Problem der Dienstverweigerung aus Gewissensgründen, erbringt Dienstleistungen für die Gemeinschaft, wo Ressourcen fehlen, und übernimmt zivile Aufgaben in der Sicherheitspolitik.

Preisüberwachung PUE
www.preisueberwacher.admin.ch

Der Preisüberwacher interveniert bei Preisen, die sich nicht im freien Wettbewerb gebildet haben und missbräuchlich hoch sind. Seine Haupttätigkeitsgebiete sind das Gesundheitswesen sowie der Infrastrukturbereich.

Wettbewerbskommission WEKO
www.weko.admin.ch

Die WEKO setzt sich für offene Märkte ein. Sie interveniert bei Kartellen, dem Missbrauch von Marktmacht, bedrohlichen Fusionen und staatlichen Wettbewerbshindernissen. Als «Fürsprecherin des Wettbewerbs» informiert und berät sie Unternehmen und staatliche Stellen.

Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen ETH-Bereich
www.ethrat.ch

Den ETH-Bereich bilden die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich (ETHZ) und Lausanne (EPFL) sowie die vier Forschungsanstalten Paul-Scherrer-Institut (PSI), Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Eidg. Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) und Eidg. Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag). Der ETH-Rat ist das strategische Führungs- und Aufsichtsorgan des ETH-Bereichs. Er überwacht die Entwicklungspläne, gestaltet das Controlling und stellt die Koordination sicher.

Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB
www.ehb.swiss

Das EHB ist die schweizerische Expertenorganisation für Berufsbildung. Es bildet Berufsbildungsverantwortliche aus und weiter, erforscht die Berufsbildung, entwickelt Berufe weiter und unterstützt die internationale Berufsbildungszusammenarbeit. Die Standorte des EHB befinden sich in Zollikofen bei Bern (Hauptsitz), Lausanne und Lugano, mit Aussenstandorten in Olten und Zürich.

Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse
www.innosuisse.ch

Innosuisse fördert Innovationsprojekte zwischen Unternehmen und Hochschulen, unterstützt Start-ups bei der Realisierung ihrer Geschäftsideen sowie den Transfer von Wissen und Technologien zwischen Wissenschaft und Industrie.



Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation

UVEK

Die Revitalisierungen in der Moorlandschaft bei
«Les Ponts-de-Martel» (NE) verstärken das Netz
an wertvollen Lebensräumen.



Vorsteherin des UVEK ist Simonetta Sommaruga. Sie ist seit 2010 im Bundesrat. 2020 ist sie Bundespräsidentin.

Die Natur braucht Raum. Doch der Mensch beansprucht immer mehr davon für sich: Mit dem Bau von Wohnhäusern, Strassen und Eisenbahnen gehen Böden verloren; Landschaften werden zerschnitten. Wertvolle Trockenwiesen und Moore verschwinden. Verkehr, Industrie und die Agrarwirtschaft belasten Gewässer und die Luft mit Schadstoffen.

Das hat drastische Folgen für die Vielfalt von Tieren und Pflanzen, die sogenannte Biodiversität: Viele Tier- und Pflanzenarten sind auf dem Rückzug. 80 Prozent der Reptilien- und 40 Prozent der Vogelarten gelten als bedroht. Manche Arten sind bereits ganz ausgestorben; zum Beispiel die Haubenlerche und der Fischadler.

Das UVEK setzt sich für die Vielfalt von Tieren und Pflanzen ein.

Ohne Bienen keine Früchte

Diese Entwicklung verläuft meist unbemerkt. Dabei zerstört sie einen Teil unserer Lebensgrundlagen. So wirkt sich das Insektensterben ganz direkt auf unsere Nahrung aus: Wenn keine Bienen und Hummeln mehr Pflanzen bestäuben, dann gedeihen auch keine Früchte. Die Biodiversität ist zudem die Grundlage für sauberes Trinkwasser und gute Luft.

Nimmt die Vielfalt von Pflanzen und Tieren ab, trifft das auch die Wirtschaft, etwa die Pharmaindustrie. Verschiedene Organismen liefern die Grundlage zur Herstellung

von Medikamenten wie zum Beispiel Antibiotika. Oder: Aspirin wurde einst aus einer Weidenrinde gewonnen.

Gemeinsam rasch handeln

Der Bundesrat will aus all diesen Gründen noch stärker als bisher gegen das Verschwinden von Lebensräumen, Tieren und Pflanzen vorgehen. Er hat einen Aktionsplan mit rasch wirksamen Massnahmen beschlossen, welche das UVEK gemeinsam mit den Kantonen, den Bauern und Naturschützern umsetzt. Das UVEK setzt sich dafür ein, dass besonders wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen erhalten bleiben und miteinander vernetzt werden – etwa über zusammenhängende Hecken, naturnahe Bäche und Flüsse, vielfältige Waldränder oder Freiräume in Siedlungen. Zudem verfolgt es das Ziel, die Schadstoffe in den Böden, im Wasser und in der Luft zu reduzieren und die Verluste der Böden zu begrenzen.

Das UVEK fördert darüber hinaus im Rahmen der Umweltbildung das Wissen über die Bedeutung der Biodiversität – mit Projekten von den Primar- bis zu den Berufsschulen. Dies aus der Überzeugung, dass gut informierte Bürgerinnen und Bürger der Umwelt Sorge tragen.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Das UVEK ist das eigentliche Infrastruktur-Departement der Schweiz. Strassen, Schienen, Stromleitungen: Was unser Land zusammenhält, liegt in der Zuständigkeit des UVEK. Ebenso kümmert es sich um Boden, Wasser, Luft, Tiere, Pflanzen, Landschaften. Diese natürlichen Ressourcen sind die Grundlage des Lebens, stehen durch unser Verhalten aber unter Druck. Sie zu erhalten, gehört zu den zentralen Aufgaben des UVEK.

Aufwand 2018	12,58 Mia. Fr.
Vollzeitstellen 2018	2242

www.uvek.admin.ch



Generalsekretariat GS-UVEK

www.uvek.admin.ch

Die enge thematische Verflechtung vieler Geschäfte erfordert eine umfassende Koordination mit den Fachämtern des UVEK und den anderen Departementen. Diese Arbeit übernimmt das GS-UVEK. Es bereitet die Bundesratsgeschäfte vor, unterstützt die politische Planung, dient als Schnittstelle zum Parlament und stellt die Kommunikation gegen aussen sicher. Ausserdem nimmt es gegenüber Post, SBB, Swisscom und Skyguide die Rolle des Eigentümers wahr und überprüft die Umsetzung der strategischen Ziele, die der Bundesrat diesen Unternehmen vorgibt.

Bundesamt für Verkehr BAV

www.bav.admin.ch

Das Bundesamt für Verkehr BAV steuert den stufenweisen Ausbau und die Finanzierung der Bahninfrastruktur. Es führt die Aufträge von Bundesrat und Parlament aus, überwacht die Einhaltung von Kosten und Terminen und kümmert sich um die Sicherheit im öffentlichen Verkehr.

Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL

www.bazl.admin.ch

Das BAZL setzt sich für einen hochstehenden Sicherheitsstandard in der schweizerischen Zivilluftfahrt ein. Dabei stützt es sich hauptsächlich auf international abgestimmte Standards ab. Zusätzlich zur Aufsichtstätigkeit ist es zuständig für die Vorbereitung und Umsetzung von luftfahrtpolitischen Entscheidungen. Das Amt engagiert sich zudem in den internationalen Luftfahrtorganisationen, damit die Interessen der Schweiz berücksichtigt werden.

Bundesamt für Energie BFE

www.bfe.admin.ch

Der Bundesrat setzt in seiner Energiepolitik auf die Verbesserung der Energieeffizienz, den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Wasserkraft, die Weiterentwicklung der Stromnetze, eine Verstärkung der Energieforschung sowie die internationale Zusammenarbeit. Das BFE setzt diese Grundsätze in die Praxis um: Es erarbeitet zum Beispiel Vorschriften zum Energieverbrauch von Haushaltgeräten, Unterhaltungselektronik, Haushaltslampen und Elektromotoren. Ziel ist, auch künftig eine ausreichende, sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung bereitzustellen.

Bundesamt für Strassen ASTRA

www.astra.admin.ch

Im Auftrag von Bundesrat und Parlament kümmert sich das ASTRA um den Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen. Es setzt zudem das Verkehrssicherheitsprogramm «Via sicura» um. Ziel ist es, die Zahl der bei Verkehrsunfällen getöteten oder verletzten Menschen weiter zu senken. Nur gut ausgebildete Lenker sollen mit sicheren Fahrzeugen auf sicheren Strassen unterwegs sein.

Bundesamt für Kommunikation BAKOM

www.bakom.admin.ch

Telefonieren, E-Mails oder SMS schreiben, im Internet surfen – dafür braucht es eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur. Das BAKOM trägt dazu bei, dass diese in der ganzen Schweiz zur Verfügung steht. Es verteilt die Erträge aus den Radio- und Fernsehgebühren an die regionalen Sender und an die SRG und sorgt dafür, dass die Presse von günstigen Versandkosten profitiert. Weiter überwacht es die Grundversorgung des Zahlungsverkehrs durch die Post.

Bundesamt für Umwelt BAFU

www.bafu.admin.ch

Die natürlichen Ressourcen wie Wasser, Boden oder Luft sind unter Druck, weil sie häufig übernutzt werden. Die Umweltpolitik der Schweiz sorgt dafür, dass sie auch künftigen Generationen zur Verfügung stehen. Eine Kernaufgabe des BAFU ist es, Ökosysteme mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt als Grundlage des Lebens zu erhalten. Das BAFU befasst sich auch mit den Ursachen der Klimaveränderung und ihren Folgen. Es unterstützt Kantone und Gemeinden dabei, sich gegen Hochwasser, Steinschlag oder Lawinen zu wappnen, indem sie Strassen und Siedlungen mit intakten Schutzwäldern sichern oder mit renaturierten Flüssen vor Hochwasser schützen.

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

www.are.admin.ch

Wachsende Bevölkerung, zunehmende Mobilität, höhere Ansprüche an die Wohnfläche – aber auch Schutz der Landschaft: In diesem Spannungsfeld bewegt sich das ARE. Zur Schonung des immer knapperen Bodens fördert und beaufsichtigt es die rechtlichen Grundlagen zur Siedlungsentwicklung. Das ARE trägt dazu bei, dass die Verkehrsinfrastruktur besser auf die Siedlungsentwicklung abgestimmt wird. Das unter der Federführung des ARE von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden erarbeitete Raumkonzept Schweiz gibt die Leitlinien der räumlichen Entwicklung unseres Landes vor.

Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI

www.ensi.ch

Über den sicheren Betrieb der Kernanlagen in der Schweiz wacht das ENSI. Sein oberstes Ziel ist es, Mensch und Umwelt vor Schäden durch Radioaktivität zu schützen. Das ENSI beaufsichtigt deshalb die fünf Kernkraftwerke in der Schweiz, die Zwischenlager für radioaktive Abfälle sowie die nuklearen Forschungseinrichtungen am Paul-Scherrer-Institut, an der ETH Lausanne und der Universität Basel.

Bundeskanzlei

BK



Bei den Sitzungen des Bundesrats sind der Bundeskanzler und die beiden Vizekanzler stets dabei.



An der Spitze der Bundeskanzlei steht Walter Thurnherr. Er ist seit 2016 Bundeskanzler.

Stabsstelle des Bundesrats

Die Bundeskanzlei besteht seit 1803 und ist die älteste Behörde des Bundes. Sie ist das Scharnier zwischen Regierung, Verwaltung, Parlament und Bevölkerung.

Der Bundeskanzler wird wie die Mitglieder des Bundesrats für vier Jahre vom Parlament gewählt. Als Stabschef des Bundesrats sorgt er für ein einwandfreies Funktionieren der Landesregierung. Zusammen mit den beiden Vizekanzlern nimmt er an den Sitzungen des Bundesrats teil. Der Bundeskanzler kann Anträge zu allen Geschäften des Bundesrats stellen, hat aber kein Stimmrecht.

Bundeskanzlei BK

Die Bundeskanzlei ist die Stabsstelle des Bundesrats. Sie bereitet die Sitzungen der Regierung vor und informiert über deren Beschlüsse. Sie prüft Initiativen und Referenden auf ihre Rechtmässigkeit und sorgt für die korrekte Durchführung von nationalen Wahlen und Abstimmungen. Sie veröffentlicht amtliche Texte in mehreren Sprachen.

Aufwand 2018

79 Mio. Fr.

Vollzeitstellen 2018

204

www.bk.admin.ch



Plant für den Bundesrat

Die Politik des Bundesrats ist in eine Planung eingebunden. Die Bundeskanzlei bereitet die Planungsinstrumente vor, in enger Zusammenarbeit mit den Departementen: Es gibt eine vierjährige Legislaturplanung, daraus werden Jahresziele abgeleitet. Im Geschäftsbericht legt der Bundesrat Rechenschaft ab, ob die Ziele erreicht wurden.

Bereitet die Bundesratssitzungen vor

Der Bundesrat trifft sich in der Regel einmal pro Woche zu einer Sitzung. Die Bundeskanzlei führt die Traktandenliste. Bevor der Bundesrat seine Geschäfte berät, können die Departemente und die Bundesämter ihre Einschätzung dazu abgeben und Vorschläge einbringen. Die Bundeskanzlei koordiniert dieses Mitberichtsverfahren und überprüft die Geschäfte aus formeller und rechtlicher Sicht.

Informiert über Entscheide des Bundesrats

Nach jeder Bundesratssitzung tritt der Bundesratssprecher vor die Medien und orientiert die Öffentlichkeit über die Entscheide des Bundesrats. Oft wird er von einem oder mehreren Mitgliedern des Bundesrats und Fachleuten aus der Bundesverwaltung begleitet. Sie stehen den Journalistinnen und Journalisten Rede und Antwort.

www.admin.ch/tv (Medienkonferenzen)

www.admin.ch/news (Medienmitteilungen)

Nach den Sitzungen des Bundesrats informiert die Bundeskanzlei auch die sieben Departemente über die getroffenen Entscheide. Die Bundeskanzlei veröffentlicht die Bundesbeschlüsse und Berichte in den drei Amtssprachen im Bundesblatt. Neue oder geänderte Gesetze und Verordnungen publiziert sie in der amtlichen Sammlung des Bundesrechts.

www.admin.ch/bundesrecht

Publiziert auf allen Kanälen

Vor jeder Abstimmung erhalten die rund fünf Millionen Stimmberechtigten eine Broschüre zu den Abstimmungsvorlagen. Die Bundeskanzlei realisiert diese zusammen mit den Departementen. Vor den eidgenössischen Wahlen verschickt sie jeweils eine Wahlanleitung. Mit Broschüren wie «Der Bund kurz erklärt» und mit zwei Webseiten informiert die Bundeskanzlei über die Aktivitäten und Merkmale der Regierung und der Behörden.

www.admin.ch (Regierung und Verwaltung)

www.ch.ch (Bund und Kantone)

www.youtube.com > «Der Schweizerische Bundesrat»

www.twitter.com/BR_Sprecher (Bundesratssprecher)

Übersetzt in mehrere Sprachen

In der Schweiz gelten Deutsch, Französisch und Italienisch als Amtssprachen. Die Texte der Gesetze, Verordnungen und Staatsverträge sowie die Unterlagen für Abstimmungen und Wahlen müssen zumindest in diesen drei Sprachen vorliegen. Dafür sorgen die Sprachdienste der Bundeskanzlei. Bei Bedarf übersetzen sie auch ins Rätoromanische und Englische.

Überwacht die Volksrechte

Auf nationaler Ebene können Schweizerinnen und Schweizer drei- bis viermal pro Jahr abstimmen. Alle vier Jahre wählen sie ein neues Parlament. Die Bundeskanzlei sorgt dafür, dass dabei alles reibungslos abläuft. Wer eine Volksinitiative oder ein Referendum lancieren will, findet bei der Bundeskanzlei die nötigen Informationen zum korrekten Vorgehen. Sie prüft auch, ob die Volksbegehren die formellen Bedingungen erfüllen.

Leitet das Projekt «Vote électronique»

Bund und Kantone sammeln in der Schweiz seit mehr als 15 Jahren Erfahrungen mit der elektronischen Stimmabgabe bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen. Die Bundeskanzlei leitet das Projekt «Vote électronique» mit dem Ziel, die Ausübung politischer Rechte ins digitale Zeitalter zu überführen. Den Stimmberechtigten soll eine barrierefreie, mobile und nachvollziehbare Stimmabgabe ermöglicht werden.

www.bk.admin.ch > Politische Rechte > E-Voting

Unterstützt den Bundespräsidenten

Während seines Präsidialjahrs fallen für einen Bundesrat zusätzliche Aufgaben an. Die Bundeskanzlei unterstützt ihn mit ihrem Präsidialdienst vor allem in Fragen der Diplomatie und Kommunikation.

Betreibt die Gästehäuser des Bundesrats

Im Von-Wattenwyl-Haus und im Landsitz Lohn empfängt der Bundesrat seine Gäste aus dem In- und Ausland. Im Von-Wattenwyl-Haus trifft er sich regelmässig zu Gesprächen mit den Regierungsparteien, den sogenannten Von-Wattenwyl-Gesprächen.

Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter EDÖB

www.edoeb.admin.ch

Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte ist eine unabhängige Behörde. Sie kontrolliert die Einhaltung des Datenschutzgesetzes zum Schutze der Privatsphäre von Bürgerinnen und Bürgern und berät bei Datenschutzfragen. Ausserdem sorgt sie für die Durchsetzung des Öffentlichkeitsprinzips, das den Zugang zu amtlichen Dokumenten der Bundesverwaltung gewährleistet. Verweigert eine Behörde den Zugang, kann beim EDÖB ein Schlichtungsantrag eingereicht werden.

Judikative

GERICHTE

GERICHTE



Sind sich die Mitglieder einer Abteilung des Bundesgerichts über die Lösung eines Falles nicht einig, kommt es zu einer öffentlichen Urteilsberatung. Hier treten die Richterinnen und Richter der Ersten sozialrechtlichen Abteilung in Luzern zusammen.

Justiz 78

Bundesgericht und
erstinstanzliche Gerichte des Bundes 80





Interview mit Bundesgerichts- präsident Ulrich Meyer

Herr Meyer, entscheidet das Bundesgericht immer gerecht?

Das Bundesgericht kann nicht direkt gestützt auf persönliche Gerechtigkeitsüberlegungen der einzelnen Richterinnen und Richter urteilen. Vielmehr ist es an das geltende Recht gebunden. Kann nun ein rechtmässiges Urteil ungerecht sein? Grundsätzlich nicht. Allerdings muss die beabsichtigte Lösung durchaus überdacht werden, wenn sich ein gestörtes Gerechtigkeitsempfinden einstellt. Ich selber musste noch nie gegen mein eigenes Gerechtigkeitsgefühl entscheiden, nicht einmal in jenen Fällen, in denen ich überstimmt wurde.

Was macht einen guten Bundesrichter aus?

Erste Voraussetzung ist die Liebe zur Sache, also die Freude am Beruf. Eine Bundesrichterin oder ein Bundesrichter muss selbstverständlich auch über die Fähigkeiten des juristischen Denkens und über Erfahrung verfügen. Weiter sollte ein Bundesrichter die Bereitschaft mitbringen zuzuhören,

andere Standpunkte zu berücksichtigen und die eigene Auffassung infrage stellen zu lassen.

Was passiert, wenn sich die Bundesrichter über die Lösung eines Falles nicht einig sind?

In diesem Fall kommt es zu einer öffentlichen Urteilsberatung: Die beteiligten Richterinnen und Richter treffen sich im Gerichtssaal und diskutieren die verschiedenen Vorschläge. Am Schluss wird das Urteil in Anwesenheit des Publikums gefällt. Es gibt kein Sitzungsgeheimnis. Darin äussert sich das für die Schweiz charakteristische demokratische Prinzip der Transparenz auch bei der höchstrichterlichen Entscheidungsfindung.

Wie geht das Bundesgericht mit Kritik an seinen Urteilen um?

Sehr gelassen. Urteile sind Gegenstand öffentlicher Diskussion. Es liegt in der Natur der Sache, dass Entscheide des Bundesgerichts die einen erfreuen, die anderen nicht. Damit muss man umgehen können.

Hat sich die Arbeit der Bundesrichter im Laufe der Zeit verändert?

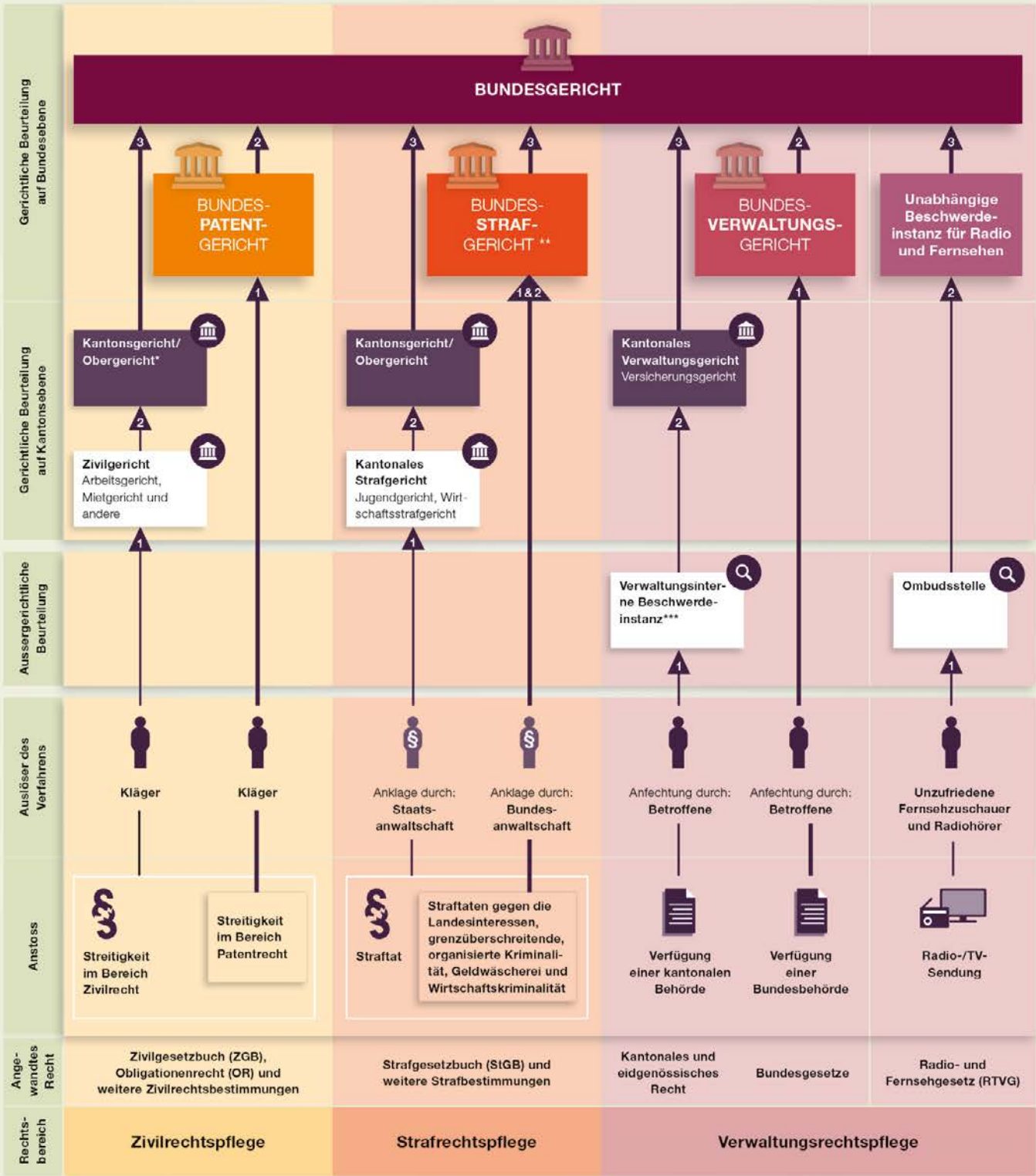
Die Urteilstätigkeit als solche hat sich nicht verändert: Lesen, Überlegen und Schreiben sind die Mittel und Formen der juristischen Entscheidungsfindung. Hingegen hat der Computer die Arbeitsweise stark beeinflusst. Der Grossteil der juristischen Arbeit findet heute am Bildschirm statt.

«Es liegt in der Natur der Sache, dass Entscheide des Bundesgerichts die einen erfreuen, die anderen nicht.»

Kann ich eine Beschwerde ans Bundesgericht auch per E-Mail schicken?

Mit einem normalen E-Mail oder per Fax geht das nicht. Auf elektronischem Weg aber schon, sofern die Eingabe mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen und über eine anerkannte Zustellplattform fristgerecht ans Bundesgericht gesendet wird. Das Bundesgericht arbeitet zusammen mit den Kantonen intensiv an der Realisierung des gesamtschweizerischen elektronischen Rechtsverkehrs.

TYPISCHE VERFAHRENSWEGE IM SCHWEIZER RECHTSSYSTEM



* In den Kantonen Zürich, Bern, St. Gallen und Aargau gibt es zudem ein Handelsgericht, das bei handelsrechtlichen Streitsachen als einzige kantonale Instanz entscheidet.

** Die Strafkammer des Bundesstrafgerichts entscheidet als erste Instanz, dessen Berufungskammer als zweite. Daneben entscheidet die Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts über Anordnungen der Strafverfolgungsbehörden des Bundes, im Verwaltungsstrafrecht, in internationalen Rechtshilfefällen in Strafsachen und bei Zuständigkeitskonflikten.

*** Je nach Kanton/Materie ist direkt das kantonale Verwaltungsgericht zuständig.

1

 Erste Instanz

2

 Zweite Instanz

3

 Dritte Instanz

Die Gerichte auf Bundesebene

BUNDESGERICHT UND ERSTINSTANZLICHE GERICHTE DES BUNDES

Bundesgericht



Präsident:
Ulrich Meyer



Vizepräsidentin:
Martha Niquille

Das Bundesgericht ist die oberste rechtsprechende Behörde der Schweiz. Es beurteilt in letzter Instanz alle Beschwerden gegen Urteile der höchsten kantonalen Gerichte, des Bundesstrafgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundespatentgerichts. Das Bundesgericht sorgt mit seinen Urteilen dafür, dass das eidgenössische Recht im Einzelfall korrekt angewendet wird und die verfassungsmässigen Rechte der Bürger geschützt werden.

Das Bundesgericht beurteilt als letzte Instanz Fälle aus nahezu allen Rechtsgebieten. Es prüft auf Beschwerde von Betroffenen, ob das Recht beim angefochtenen Entscheid richtig angewendet wurde. Mit seinen Urteilen stellt das Bundesgericht die einheitliche Anwendung des Bundesrechts im ganzen Land sicher. Seine Entscheide tragen zur Entwicklung des Rechts und zu dessen Anpassung an veränderte Verhältnisse bei. Die anderen Gerichte und die Verwaltungsbehörden orientieren sich an der Rechtsprechung des Bundesgerichts und übernehmen dessen Grundsätze. Das Verfahren vor Bundesgericht findet auf dem schriftlichen Weg statt. Eine Gerichtsverhandlung mit Anhörung von Parteien und Zeugen oder Plädoyers der Anwälte gibt es grundsätzlich nicht. Vielmehr stützt sich das Bundesgericht für sein Urteil auf die Fakten, wie sie von den Vorinstanzen festgestellt wurden und in den Akten des bisherigen Verfahrens aufgezeichnet sind. Kommt das Bundesgericht zum Schluss, dass ein unteres Gericht nicht korrekt entschieden hat, hebt es den angefochtenen Entscheid auf und schickt ihn gegebenenfalls zur neuen Beurteilung an die Vorinstanz zurück. Das Bundesgericht

übt neben seiner Tätigkeit als oberstes Rechtsprechungsorgan die administrative Aufsicht über das Bundesstraf-, das Bundesverwaltungs- und das Bundespatentgericht aus.

Das Bundesgericht hat seinen Sitz in Lausanne und gliedert sich für die Rechtsprechung in sieben Abteilungen, die jeweils für ihre spezifischen Rechtsgebiete zuständig sind. Es gibt zwei öffentlich-rechtliche, zwei zivilrechtliche, eine strafrechtliche und zwei sozialrechtliche Abteilungen; die beiden letzten haben ihren Standort in Luzern. Das Generalsekretariat kümmert sich um die administrativen Aufgaben des Gerichts.

Die 38 Richterinnen und Richter des Bundesgerichts werden von der Vereinigten Bundesversammlung (Nationalrat und Ständerat) auf Vorschlag der parlamentarischen Gerichtskommission nach fachlichen, sprachlichen, regionalen und parteipolitischen Kriterien für eine Amtsperiode von jeweils sechs Jahren gewählt. Bundesrichterinnen und -richter können unbeschränkt oft wiedergewählt werden; die Altersgrenze liegt bei 68 Jahren. Aus dem Kreis der amtierenden Richterinnen und Richter wählt die Bundesversammlung den Präsidenten oder die Präsidentin und den Vizepräsidenten oder die Vizepräsidentin des Bundesgerichts. Am Bundesgericht sind zudem 19 nebenamtliche Bundesrichterinnen und Bundesrichter tätig. Weiter gibt es rund 280 Stellen für Gerichtsschreiberinnen, Gerichtsschreiber sowie andere Mitarbeitende.

Sitz: Lausanne
www.bger.ch
www.eidgenoessischegerichte.ch

Bundesstrafgericht



Präsidentin:
Sylvia Frei

Das Bundesstrafgericht urteilt in Straffällen, die wegen ihrer besonderen Thematik oder Bedeutung der Gerichtsbarkeit der Eidgenossenschaft unterstellt sind. Zudem entscheidet es über Beschwerden gegen die Strafverfolgungsbehörden des Bundes, in Rechtshilfefällen und bei Kompetenzstreitigkeiten.

Die meisten Straffälle werden in erster Instanz durch kantonale Gerichte entschieden. Nur bei bestimmten Kategorien von Delikten sieht das Gesetz eine Beurteilung auf eidgenössischer Ebene durch das Bundesstrafgericht vor. Dazu gehören Straftaten gegen die Interessen des Bundes, Sprengstoffdelikte, grenzüberschreitende Fälle von Wirtschaftskriminalität, organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäscherei sowie Straftaten mit Bezug zur Luftfahrt oder zu Kriegsmaterial. Das Bundesstrafgericht überprüft auf Beschwerde hin zudem Anordnungen der Strafverfolgungsbehörden des Bundes, im Verwaltungsstrafrecht und in internationalen Rechtshilfefällen in Strafsachen. Es entscheidet weiter bei Zuständigkeitskonflikten zwischen Strafverfolgungsbehörden. Die meisten Entscheide können ans Bundesgericht weitergezogen werden.

Das Bundesstrafgericht besteht seit 2004 und hat den Sitz in Bellinzona. Es ist in eine Straf-, eine Beschwerde- und eine Berufungskammer gegliedert. Die Richterinnen und Richter werden von der Bundesversammlung für eine Amtsdauer von sechs Jahren gewählt.

Das Gericht zählt 21 ordentliche Richterinnen und Richter (18,4 Vollzeitstellen) und 12 nebenamtliche Richterinnen und Richter. Sie werden unterstützt von rund 60 Mitarbeitenden (52,5 Vollzeitstellen).

Sitz: Bellinzona
www.bstger.ch
www.eidgenoessischegerichte.ch

Bundesverwaltungsgericht



Präsidentin:
Marianne Ryter

Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet über die Beschwerden gegen Verfügungen der eidgenössischen Verwaltungsbehörden. Die jährlich rund 7500 Fälle des grössten Gerichts des Bundes betreffen die verschiedensten Lebensbereiche.

Die Themen der vom Bundesverwaltungsgericht behandelten Fälle reichen von Umwelt, Verkehr, Energie, Steuern und Bildung über Wirtschaft, Wettbewerb, Sozialversicherung und Gesundheitswesen bis zum Bürger-, Ausländer- und Asylrecht. Die aufgeworfenen Fragen sind gesellschaftlich oft von grosser Tragweite, beispielsweise bei Grundsatzentscheiden im Asylrecht und bei grossen Verkehrs- oder Infrastrukturprojekten. Neben Verfügungen von Bundesverwaltungsbehörden können dem Gericht in einigen Sachgebieten auch Entscheide der Kantonsregierungen zur Überprüfung vorgelegt werden. In der Regel ist ein Weiterzug ans Bundesgericht möglich. In gewissen Materien, wie zum Beispiel im Asylbereich, entscheidet das Bundesverwaltungsgericht dagegen abschliessend.

Das Bundesverwaltungsgericht ist in sechs Abteilungen gegliedert, die jeweils für bestimmte Rechtsmaterien zuständig sind. Die Richterinnen und Richter werden von der Vereinigten Bundesversammlung für eine Amtsdauer von sechs Jahren gewählt.

Das Bundesverwaltungsgericht besteht seit 2007 und hat den Sitz in St. Gallen. Pro Jahr entscheidet es in rund 7500 Fällen. Mit 69 Vollzeitstellen bei den Richterinnen und Richtern sowie 303 bei den weiteren Mitarbeitenden ist das Bundesverwaltungsgericht das grösste Gericht der Eidgenossenschaft.

Sitz: St. Gallen
www.bvger.ch
www.eidgenoessischegerichte.ch

Bundespatentgericht



Präsident:
Mark Schweizer

Das Bundespatentgericht entscheidet über Streitigkeiten um Patente, vor allem Patentverletzungsklagen und Nichtigkeitsklagen. Der Einbezug von Richterinnen und Richtern mit technischem Fachwissen ermöglicht rasche und kostengünstige Verfahren.

Technische Erfindungen, deren Entwicklung oft hohe Kosten verursachen, werden mit Patenten geschützt und stellen damit ein wertvolles Rechtsgut dar. Das Bundespatentgericht entscheidet im Streitfall, ob für eine technische Neuentwicklung Patentschutz beansprucht werden kann und ob Patentrechte verletzt worden sind. Das Bundespatentgericht befindet zum Beispiel auch darüber, wer der rechtmässige Inhaber eines Patents ist, oder wie ein Patent im Rahmen einer Lizenz genutzt werden darf. Die Urteile des Bundespatentgerichts können beim Bundesgericht angefochten werden.

Die Richterinnen und Richter am Bundespatentgericht werden von der Bundesversammlung für eine Amtsdauer von sechs Jahren gewählt. Der Einbezug von Richterinnen und Richtern mit technischem Fachwissen ermöglicht rasche und kostengünstige Verfahren, da in der Regel auf zeitraubende und aufwendige externe Gutachten verzichtet werden kann. Ein grosser Teil der Verfahren wird mit einem Vergleich abgeschlossen.

Das Bundespatentgericht besteht seit 2012 und hat den Sitz in St. Gallen. Eine Besonderheit besteht in Bezug auf die verwendeten Sprachen: Neben Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch können die Verfahrensparteien im gegenseitigen Einverständnis auch Englisch benutzen.

Sitz: St. Gallen
www.bpatger.ch
www.eidgenoessischegerichte.ch

Impressum

Herausgeberin

Schweizerische Bundeskanzlei, Sektion Kommunikationsunterstützung
Bundeshaus West, 3003 Bern
info@bk.admin.ch

Texte, Redaktion

Informationsdienste der Bundeskanzlei, Departemente, Parlamentsdienste und
der Eidgenössischen Gerichte

Übersetzungen

Sprachdienste der Bundeskanzlei, Departemente, Parlamentsdienste und
der Eidgenössischen Gerichte

Gestaltung

Bundeskanzlei, Sektion Kommunikationsunterstützung
moxi ltd., Biel (Gestaltungskonzept und Infografiken)
Atelier Bundi, Boll (Konzept und Grafik Titelblatt)

Fotos

Martin Mägli (Titelbild)
Monika Flückiger (S. 24/25, 35, 42, 50/51, 54/55, 62/63, 66/67, 70/71, 76/77)
Béatrice Devènes (S. 6, 29, 33, 35, 39, 78)
Annette Boutellier/Yoshiko Kusano (S. 40/41)
Stéphane Schmutz STEMUTZ (S. 14/15)
Rolf Weiss (S. 3)
Präsenz Schweiz (S. 46/47)
VBS/DDPS (S. 58/59)
André Pereira (S. 33)
Lukas Wittwer, Bundeskanzlei (S. 74)
Historische Fotos auf den Seiten 10/11:
1. Reihe (v.l.n.r.): Rütli Schwur von Charles L'Eplattenier: VBS/DDPS; Staatssiegel 1815: Bundeskanzlei;
Sonderbundskrieg 1847: Illustrierte Geschichte der Schweiz, Zürich 1961; Bundeshauskuppel 1901:
Parlamentsdienste; General Guisan 1939: VBS/DDPS; Frauenstimmrecht 1971: Schweizerisches
Sozialarchiv
2. Reihe (v.l.n.r.): Albert Anker, Länderkinder 1876: Musée d'art et d'histoire, Neuchâtel; Bundesvertrag 1815:
Die Schweiz und ihre Geschichte, Lehrmittelverlag des Kantons Zürich, 1998; Bundesverfassung 1848:
Schweizer Geschichtsbuch 2, Berlin 2010; Durchmarsch der Haubitzen in Bern, 1. Weltkrieg 1914–18:
Schweizerisches Bundesarchiv; Parlamentsgebäude: Parlamentsdienste

Redaktionsschluss

17. Januar 2020

Auflage

Total	183 000
• deutsch	110 000
• französisch	40 000
• italienisch	18 000
• rätoromanisch	2 000
• englisch	13 000

Vertrieb

Diese Publikation ist gratis zu beziehen beim
Bundesamt für Bauten und Logistik BBL
Vertrieb Bundespublikationen, 3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 104.617.d

42. Auflage, Februar 2020



www.admin.ch

www.ch.ch

www.parlament.ch

